

Editorial

Heft 55 erscheint unter neuer Herausgeberschaft: Dr. Reiner Zilkenat hat im September 2018 aus gesundheitlichen Gründen sein Amt als Vorsitzender des Förderkreises abgegeben und fungiert nicht mehr als Herausgeber im Sinne des Presserechts (V.i.S.d.P.). Dr. Holger Czitrich-Stahl wurde vom Vorstand zum kommissarischen Vorsitzenden berufen. Die Redaktion der Mitteilungen dankt Reiner Zilkenat für die kooperative und vertrauensvolle Zusammenarbeit, wünscht ihm eine stabile Gesundheit und freut sich darauf, ihn weiterhin unter den Autoren der „Mitteilungen“ zu sehen.

Thematisch werden in der Rubrik „Archive und Bibliotheken“ die Entstehungsgeschichte, Bestände und Aufgaben des Archivs der deutschen Jugendbewegung in der Jugendburg Ludwigstein (Hessen) und das Archiv für alternatives Schrifttum in Duisburg, das seit 1985 Materialien der Neuen Sozialen Bewegungen sammelt, vorgestellt. Siegfried Kuntsche berichtet über seine Erfahrungen bei Archivrecherchen zur ostzonalen Bodenreform 1945/46 und ihren Folgen. Einen informativen Einblick in die vielfältigen Recherchemöglichkeiten des „Marxists´ Internet Archive“ leistet der vorliegende Beitrag von Rainer Holze.

Wie immer gibt es einen interessanten Quellenfund: hier zum Wirken von Manfred von Ardenne. In gekürzter Form kann der Vortrag „Arthur Stadthagen (1857–1917): Anwalt der Armen und Wegweiser des Arbeitsrechts“, den Dr. Holger Czitrich-Stahl in der gemeinsamen Vortragsreihe im Bundesarchiv hielt, nachgelesen werden.

Das Heft im März beinhaltet traditionell die Berichte zu den wissenschaftlichen Diskussionen auf der ITH-Tagung in Linz und der Jahresversammlung der IALHI, 2018 in Mailand. Ebenso steht den Mitgliedern des Förderkreises der Geschäftsbericht 2018 zur Verfügung. Das historische Großereignis „Novemberrevolution“ findet in mehreren Konferenzberichten und Rezensionen seinen wissenschaftlichen Nachklang.

Herausgeber und Redaktion

INHALT

Editorial	1
<i>Herausgeber</i>	
Archive und Bibliotheken	
Jugend – bewegt und voller Geschichte(n)	4
Das Archiv der deutschen Jugendbewegung	
<i>Susanne Rappe-Weber</i>	
Ein Ort für die Geschichte von unten: das Archiv für alternatives Schrifttum	10
<i>Jürgen Bacia</i>	
The Marxists' Internet Archive. Deutschsprachiger Teil	13
<i>Rainer Holze</i>	
Recherchen in den Archiven zur ostzonalen Bodenreform 1945/46 und ihren Folgen. Ein Erfahrungsbericht	16
<i>Siegfried Kuntsche</i>	
Besondere Zeitdokumente	
Manfred von Ardennes Beitrag zur Friedenssicherung im Jahre 1957	22
<i>Siegfried Prokop</i>	
Tagungen und Konferenzen	
„Selbstorganisation und Demokratie am Arbeitsplatz: Partizipation, ArbeiterInnenkontrolle und Selbstverwaltung in globaler Perspektive“. Bericht von der 54. ITH-Konferenz vom 6.–8. September 2018 in Linz	27
<i>Holger Czitrich-Stahl</i>	
Die 49. Konferenz der <i>International Association of Labour History Institutions</i> (Mailand, 12.–15. September 2018)	31
<i>Christian Koller</i>	
Kein „Erlösungstag der Deutschen“: Der 9. November als schicksalsträchtiges Datum der deutschen Geschichte	33
<i>Holger Czitrich-Stahl</i>	
100 Jahre Arbeiterparlament – Bericht von der Festveranstaltung im Abgeordnetenhaus am 17. Dezember 2018	34
<i>Holger Czitrich-Stahl</i>	

100. Jahrestag der Ermordung Rosa Luxemburgs. Bericht von der Konferenz am 9. Januar 2019 im Bundesarchiv Berlin <i>Redaktion</i>	37
Vorträge	
Arthur Stadthagen (1857–1917): Anwalt der Armen und Wegweiser des Arbeitsrechts <i>Holger Czitrich-Stahl</i>	39
Aus dem Vereinsleben	
Geschäftsbericht für das Vereinsjahr 2018	44
Datenschutzerklärung	50
Personalien	
Nachruf auf Prof. Dr. Annelies Laschitza <i>Günter Benser</i>	51
Andere über uns	
„ ... und deswegen ging die Sache schief Septemberheft der „Mitteilungen“ steht im Zeichen der Novemberrevolution <i>Wulf Skaun</i>	53
Informationen	21/30/38
Buchbesprechungen & Literaturhinweise	
Claus Kristen: Ein Leben in Manneszucht. Von Kolonien und Novemberrevolution. Der „Städtebezwinger“ Georg Maercker (<i>Reiner Zilkenat</i>)	55
Reiner Zilkenat (Hrsg.): >...alle Macht den Räten!< Die Revolution 1918/19 und ihre Räte. Konferenzband zum Öffentlichen Symposium „Die Novemberrevolution und ihre Räte 1918/1919“ am 9. Mai 2018 in Berlin-Marzahn (<i>Ingo Materna</i>)	58
Peter Joachim Lapp: Gesellschaft für Sport und Technik – Schule der Soldaten von morgen. Militärpolitische Studie einer DDR-Wehrorganisation (<i>Siegfried Prokop</i>)	62
Siegfried Kuntsche: Die Akademie der Landwirtschaftswissenschaften 1951–1990. Dokumente und Untersuchungen. 2 Halbbände (<i>Holger Czitrich-Stahl</i>)	64
Vom mühseligen Suchen und glückhaften Finden (Teil IV). In memoriam Prof. Dr. Heinrich Gemkow (<i>Heinrich Sommer</i>)	66

Archive und Bibliotheken

Jugend – bewegt und voller Geschichte(n) Das Archiv der deutschen Jugendbewegung¹

Das 20. Jahrhundert, auch „Jahrhundert der Jugend“ genannt, war in Deutschland und vielen anderen Ländern geprägt von einer zuvor nicht gekannten Aufwertung der Lebensphase zwischen Kindheit und Erwachsenenalter. Die spezifischen Bedürfnisse junger Menschen nach Freiräumen zur Selbstentfaltung und Bildung artikulierten sich in eigenen Jugendkulturen. Sie fanden zudem Eingang in gesellschaftspolitische Debatten, die zu konkreten Veränderungen aber auch zu vermehrten Erwartungen, Inanspruchnahme, Vereinnahmung und Deutungen des Jugendlebens führten. In Deutschland wurde der „Aufbruch der Jugend“ seit der Jahrhundertwende 1900 von jungen Leuten aus bürgerlichen Elternhäusern getragen, die sich im Wandervogel, bei den Pfadfindern, in der bündischen Jugend, kurz: der Jugendbewegung, engagierten.

Als herausragendes Ereignis vor dem Ersten Weltkrieg prägte der „Erste Freideutsche Jugendtag“ auf dem Hohen Meißner in Nordhessen am 11. und 12. Oktober 1913 die Erinnerung einer ganzen Generation, nicht zuletzt durch die bei diesem Treffen von etwa 2.000 jungen Menschen aus Wandervogel-Bünden, Reformschulen, Studentenverbindungen sowie Lebensreformer-Kreisen beschlossene „Meißnerformel“: „Die Freideutsche Jugend will aus eigener Bestimmung, vor eigener Verantwortung, mit innerer Wahrhaftigkeit ihr Leben gestalten. Für diese innere Freiheit tritt sie unter allen Umständen geschlossen ein. Die Veranstaltungen der Freideutschen Jugend sind alkohol- und nikotinfrei.“ Das Ereignis insgesamt wurde über Symbole, Bilder und Deutungen zum Kristallisationspunkt des Jugendaufbruchs vor dem Ersten Weltkrieg. Durch das ganze 20. Jahrhundert wurde mit Meißnertagen an den Aufbruch der Jugend erinnert – 1923 etwa, aber auch 1963, 1988 und 2013 – und nach dessen Bedeutung für die jeweilige Gegenwart gefragt.

¹ Das Archiv der Jugendbewegung steht nicht in engster Beziehung zur Arbeiterbewegung. Dennoch gibt es vielfältige Bezüge: Der "Hofgeismarer Kreis" der Jungsozialisten in der SPD der Weimarer Republik war ideologisch von den idealistischen und romantischen Vorstellungen der Jugendbewegung beeinflusst. Die lebensreformerischen Ideen der Jugendbewegung korrespondierten mit der Kritik dieser jungsozialistischen Strömung an den traditionellen Führungs- und Politikstrukturen in der Sozialdemokratie bzw. den Parteien überhaupt.

Als der Erste Weltkrieg begann, ließen sich auch die Wandervögel zum patriotischen Dienst für das Vaterland rufen; am Ende waren rund 6.000 von ihnen als Soldaten gefallen. Der Wandervogel als Organisation wurde mit dem Krieg vor neue Aufgaben gestellt; die Erfahrungen der aus dem Krieg zurückkehrenden, desillusionierten Frontsoldaten („Feld-Wandervogel“) und die Trauer um die Toten aus den eigenen Reihen bestimmte am Ende des verlorenen Krieges die Weiterentwicklung der jugendbewegten Gruppen.

Jugendbewegtes Leben entfaltete sich während der Weimarer Republik in einer Vielzahl von Gruppierungen, Vereinen und Verbänden. Politisch gaben sich die meisten Jugendbünde neutral. Allerdings überwogen zunehmend – die erklärten Unterschiede überwölbt – nationalistische, der Demokratie skeptisch entgegenstehende, antimoderne-völkische Positionen. Linke und liberale Gruppierungen waren unter den unabhängigen Bünden in der Minderheit; hohe Mitgliederzahlen hatten aber die sozialistischen Jugendorganisationen, die sich im eigenen Lager für ein unabhängiges, freies Jugendleben engagierten.

In den letzten Jahren der Republik inszenierten sich die meisten Bünde in der Öffentlichkeit als geschlossene Formationen mit einheitlichem, paramilitärischem Auftreten. Gängig waren elitäre Vorstellungen, wonach das bündische Leben als Beispiel für die deutsche Volksgemeinschaft dienen sollte. Eine zunehmende Rolle spielten Lebens- und Älteren-Bünde derjenigen, die den Jugendbünden entwachsen waren. In Handwerker-gilden, Siedlungsprojekten und Arbeitsdiensten erprobten Frauen und Männer mit jugendbewegtem Hintergrund – meist auf Zeit – alternative Lebensformen.

Die Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 bedeutete das Ende der freien Jugendbünde. Sie wurden verboten bzw. kamen der Eingliederung durch Selbstauflösung zuvor, wobei die weltanschauliche Ausrichtung der meisten Bünde kein Hemmnis für die Integration in den NS-Staat darstellte. Die Indienstnahme der gesamten Jugend in Hitlerjugend (HJ) und Bund Deutscher Mädel (BDM) stellte einen wichtigen Baustein in der langfristigen Kriegsvorbereitung des NS-Regimes dar, für den sich die Nationalsozialisten vor allem in den Anfängen aus dem großen Reservoir erprobter Angebote für die Jugendarbeit (Aufmärsche, Zeltlager, Liedgut) bedienten. Auch wenn Anpassung die häufigste Reaktion auf den Nationalsozialismus war, gibt es doch bemerkenswerte Beispiele für jugendlichen Eigensinn und Widerstand aus bündischen

Kreisen: von den Mitgliedern der "Weißen Rose" Hans und Sophie Scholl, die noch bündische Elemente innerhalb des NS-Jungvolks kennengelernt hatten, bis zu den vielen „wilden Meuten“, die als "bündische Umtriebe" verfolgt, letztlich aber nicht unter Kontrolle gebracht werden konnten.

Nach 1945 bildeten sich an vielen Orten bündische Gruppen spontan, nicht zuletzt als Alternative und Fluchtmöglichkeit aus dem oft tristen Nachkriegsalltag. Daraus entwickelten sich als Neu- oder Wiedergründung Pfadfinder- oder Wandervogel-Bünde, mit denen in der Bundesrepublik häufig an Traditionen, die durch den Nationalsozialismus abgerissen waren, angeknüpft wurde. Einflussreich waren aber auch neue, demokratische Prinzipien, die beispielsweise als internationale Prägungen die Neugründung der Mädchen-Pfadfinderbünde bestimmten. Die Bündische Jugend wurde Teil einer vierteiligen, öffentlich verantworteten Jugendkultur und Jugendarbeit. Für alle Gruppen wurde das europäische Ausland nun zum erreichbaren Fahrtenziel. Mit ihrem traditionell wirkenden Stil verloren die Bünde aber allmählich an Attraktivität; insbesondere der kulturelle Umbruch von „1968“ wirkte sich nachhaltig aus. Seit den 1980er Jahren ist zu beobachten, dass das zunehmende pädagogische Interesse an Umwelt- Naturbildung und an der Etablierung verbindlicher Gemeinschaften im Jugendalter als Antwort auf die von den Massenmedien und der Digitalisierung voran getriebene Vereinzelung junger Leute immer wieder neu das Interesse an „bündischen“ Gruppenbildungen belebt.

Ein Zentrum dieser Bewegung, an dem viele überbündische Gruppierungen und Aktivitäten zusammen fanden und finden, stellt bis heute die Jugendburg Ludwigstein (Hessen) dar. 1920 gründete sich aus dem ehemaligen „Feld-Wandervogel“ heraus ein reichsweit vernetzter Verein um den Architekten Enno Narten (1889–1973), der das verfallene Gemäuer von der preußischen Domänenverwaltung käuflich erwarb und als Herberge, Begegnungsort, Ehrenmal und Archiv der deutschen Jugendbewegung ausbaute. Den Gründungsauftrag für das Archiv 1922 unterzeichneten sechs Verbände aus dem Umfeld der Jugendbünde. Angestrebt wurde eine umfassende Sammlung „von und über die Jugend“, die „der Allgemeinheit zugänglich“ gemacht werden sollte. Tatsächlich wurden dem Archiv in den kommenden Jahren vor allem Bücher und Zeitschriften überlassen. Man hielt erste „Archivarbeitswochen“ ab, in denen „Studentinnen und Studenten, Sekretärinnen und junge Lehrer“

Bestandsverzeichnisse und Karteien anlegten. Erste Studenten kamen für Hausarbeiten oder Dissertationen. Eine Wirkungsabsicht in die Öffentlichkeit hinein, wirtschaftliche Eigenständigkeit, Vernetzung mit den Jugendbünden und Neutralität ihnen gegenüber, Nutzung zu wissenschaftlichen Fragestellungen – das waren die weitsichtigen Grundlagen des Archivs, die 1922 gelegt und in den anschließenden elf Jahren umgesetzt wurden.

Was genau mit der Sammlung im Nationalsozialismus geschah, ließ sich nach 1945 nicht mehr vollständig aufklären. Das Archiv wurde 1941 beschlagnahmt und in das 1939 gegründete „Reichsinstitut für nationalsozialistische Jugendarbeit, Archiv- und Forschungswesen“ in Berlin überführt. Von dort wurde es zum Schutz vor dem Bombenkrieg ausgelagert und ist seitdem verschollen. 1946 begann der Neuaufbau mit Aufrufen, für das Archiv zu spenden. Tatsächlich sind schon im laufenden Jahr viele eingehende Sendungen für das Archiv registriert worden, von Sachspenden über Bibliotheks- und Archivgut bis zum Angebot ehrenamtlicher Mitarbeit. Zugänge, erste Nutzung, ehrenamtliche Tätigkeiten: der Archivbetrieb kam schnell wieder in Gang. 1952 wurde erstmals formuliert, worin die künftige Aufgabe des AdJb bestehen sollte, und zwar in dreierlei Hinsicht: aus Sicht der studierenden Jugend, aus Sicht der freien Jugendbünde und aus Sicht der Vereinigung Jugendburg Ludwigstein. Die Formulierung lautete, dass es die Aufgabe des AdJb sei „das literarische Vermächtnis des Wandervogels und der gesamten Jugendbewegung zu sammeln, zu ordnen und der wissenschaftlichen Benutzung und Auswertung zugänglich zu machen sowie wissenschaftliche Archivbenutzer zu beraten und ihre Arbeiten zu fördern“ .

In der Konsequenz wurde ein wissenschaftlicher Archivbeirat eingesetzt. Der Buchbestand lag 1973 bei 7.000 Büchern und 2.100 Zeitschriftentiteln. Das erste „Archivjahrbuch“ erschien 1969; 1970 wurde die Anerkennung als national wertvolles, und damit unveräußerliches, Archiv beantragt. Ein Förderer- und Freundeskreis wurde gegründet. Und schließlich wurde das Großprojekt einer „Dokumentation der Jugendbewegung“, das schließlich dem Hamburger Journalisten Werner Kindt anvertraut wurde, begonnen. Eingestellt wurde 1976 ein hauptamtlicher Historiker, der sein Engagement auf räumliche Ausbauten, die Verstetigung der Fördermittel, die Einwerbung neuer Bestände und in besonderer Weise auf die wissenschaftliche Auswertung der Sammlungen legte. Der wissenschaftliche Beirat erneuerte sich personell. Insbe-

sondere die Archivtagungen erreichten mit der Behandlung kontroverser Themen, etwa dem Übergang von der Bündischen Jugend zur Hitlerjugend, ganz neue Zielgruppen. Bei der Erschließung der Bestände, insbesondere der Nachlässe, wurden fachliche Standards erreicht, sodass umfassende Förderungen der Deutschen Forschungsgemeinschaft eingeworben werden konnten. In einer neuen Editionsreihe wurden Forschungsergebnisse vorgelegt. Diese Erfolge sind unbestritten und haben dem Archiv bis weit in die 1990er Jahre zu einem erheblichen Ansehen in Wissenschaft und interessierter Öffentlichkeit verholfen. Allerdings blieb das Archiv, obwohl frühzeitig erste Schritte in Richtung EDV unternommen wurden, im Hinblick auf die Informationstechnik seit Ende der 1990er Jahre unter seinen Möglichkeiten. Nach der Zäsur, die das Jahr 2001 darstellt, mussten daher viele Arbeitsbereiche des Archivs neu eingerichtet werden.

In der Form eines „Depositavertrages“ einigten sich 2003 die „Stiftung Jugendburg Ludwigstein und Archiv der deutschen Jugendbewegung“ und das Land Hessen auf die künftig gemeinsame Verantwortung für das Archiv der deutschen Jugendbewegung. Seitdem sind drei, beim Land Hessen angestellte, fachlich ausgebildete Archivarinnen für die stetig wachsende Sammlung verantwortlich. Gesammelt und bewahrt werden Dokumente der Bewegung sowie von Jugendverbänden und Jugendkulturen, der Lebensreform und Alternativkulturen seit etwa 1890 bis heute, insgesamt mehr als 2.000 laufende Meter Archiv-, Bibliotheks- und Sammlungsgut, das vollständig in der Online-Archivdatenbank ARCINSYS auffindbar ist. Einen fachlichen Meilenstein in der Erschließung stellte das DFG-Projekt „Erschließung und Digitalisierung des Fotografen-Nachlasses Julius Groß (1908–1933)“ (2012–2015) dar, das am Ende 40.000 zentrale Fotos der Bewegung inhaltlich erschlossen und digitalisiert verfügbar machte. Herausragend unter den einmaligen Beständen sind die Nachlässe des Reformpädagogen Gustav Wyneken, der Künstler Hugo Höppener-Fidus und Karl Wilhelm Diefenbach, des Fotografen Julius Groß, die eigenständige Sammlung „Archiv der Jugendmusikbewegung“, aber auch Aktenbestände von Pfadfinderbünden, dem Deutschen Jugendherbergswerk oder der „Stiftung Demokratische Jugend“. Das Archiv fördert die wissenschaftliche Erforschung dieses Themenfeldes und beteiligt sich daran mit Tagungen und Veröffentlichungen. Neben den drei Hauptamtlichen trägt ein aktiver wissenschaftlicher Beirat aus zehn Fachleuten und Hochschullehrern

verschiedener Disziplinen erheblich zum Profil und zur Ausrichtung des Archivs bei. Insbesondere die jährliche Archivtagung dient dazu, die ganze Bandbreite der Forschungsmöglichkeiten immer neu auszuloten. NachwuchswissenschaftlerInnen im Themenfeld „Jugendbewegungsforschung“ treffen sich jährlich zu einem Workshop.

Eine Qualität des AdJb ist seine vielfältige Vernetzung, als Archiv einer Bewegung und als Abteilung eines Staatsarchivs, als Teil eines Erinnerungsortes und als wissenschaftliche Einrichtung, als regional verankertes und inhaltlich auf den ganzen deutschsprachigen Raum ausgerichtete Archiv. Der wissenschaftliche Beirat steht für den Kontakt und die Teilhabe am Diskurs von Universitäten und Forschungseinrichtungen, wo nach „der Jugendbewegung“ gefragt wird: in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts und der Geschichtsdidaktik etwa, aber auch in den Erziehungswissenschaften oder in den Kultur-, Literatur- und Musikwissenschaften. Die „Stiftung Dokumentation der Jugendbewegung“ unterstützt großzügig viele Aktivitäten. Über Mitgliedschaften in der archivarischen Fachgruppe „Archive an wissenschaftlichen Einrichtungen“, im regionalen „Arbeitskreis Nordhessische Archive“, im „Netzwerk Kinder – und Jugendarchive“ usw. wird der fachliche Austausch gepflegt.

Susanne Rappe-Weber

Datenbank: <http://arcinsys.hessen.de>

Homepage: www.archiv-jugendbewegung.de

Online-Publikation mit vielen Objekten aus dem AdJb: Aufbruch der Jugend. Deutsche Jugend zwischen Selbstbestimmung und Verführung, hg. von G. Ulrich Großmann, Nürnberg 2013 <http://books.ub.uni-heidelberg.de/arthistoricum/catalog/book/359>

Wichtige Bücher:

Rüdiger Ahrens: Bündische Jugend (1918–1933). Eine neue Geschichte, Göttingen 2015

Eckart Conze, Susanne Rappe-Weber (Hg.): Ludwigstein. Annäherungen an die Geschichte der Burg, Göttingen 2014

Ein Ort für die Geschichte von unten: das Archiv für alternatives Schrifttum

Das Archiv für alternatives Schrifttum (afas) wurde im März 1985 in Duisburg gegründet. Träger ist ein gemeinnütziger Verein. Über 30 Jahre war es in einer alten Schule in Duisburg-Rheinhausen ansässig, im Sommer 2018 ist es in ein ehemaliges Kaufhaus in der Duisburger Innenstadt umgezogen, wo es in der 3. Etage über zwei große Magazine, Büros und einen Leseraum verfügt.

Das afas sammelt im weitesten Sinne die Materialien der Neuen Sozialen Bewegungen. Gemeint ist damit das weite Spektrum der außerparlamentarischen Gruppen und Initiativen, die sich außerhalb der traditionellen Parteien- und Verbände-Strukturen gegründet haben, also zum Beispiel die Studentenbewegung der 1960er Jahre, die Umweltschutz- und Frauenbewegung, die Friedens- und die Internationalismus-Bewegung, die Bürgerinitiativen und Stadtteilgruppen, die diversen linken und alternativen, maoistischen und trotzkistischen, spontaneistischen und anarchistischen Gruppen.

Archiviert werden Materialien, die nach 1945 erschienen sind. Der Schwerpunkt liegt allerdings auf der Zeit seit den 1960er Jahren. Nordrhein-Westfalen ist ein regionaler Sammelschwerpunkt, doch von Anfang an wurden auch wichtige überregionale Materialien gesammelt. Damit ist das afas das einzige Freie Archiv, das bundesweit und aus dem gesamten Spektrum der Neuen Sozialen Bewegungen fortlaufend sammelt. Mit einem Bestand von 1.800 Regalmetern hat es sich zum größten Freien Archiv für die Materialien der Alternativ- und Protestbewegungen entwickelt.

Im Laufe der Jahrzehnte hat das afas Hunderte von Sammlungen, Vor- und Nachlässen von Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen übernommen. Darunter befinden sich zum Beispiel Archive oder Teilarchive der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB), der Initiative Frauen-Presse-Agentur (IFPA), des Bundeskongresses developmentspolitischer Aktionsgruppen (BUKO), des Arbeitskreises Entwicklungspolitik (AKE), der Selbstorganisation der Zivildienstleistenden, des Rheinischen JournalistInnenbüros, der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (Zentralkomitee), der Gruppe Internationale Marxisten (GIM), des Friedensforums Duisburg, des Dachverbands der Kritischen Aktiönäre, des Vegetarierbundes Deutschland, der Rheinpreußensiedlung,

der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe (BUU), der Deutschen Friedensgesellschaft oder der Oromo Relief Association – um nur die wichtigsten zu nennen. 2011 haben wir fast das komplette Archiv des Umweltzentrums Münster übernommen (rund 250 Regalmeter), aktuell ist uns das Archiv des Bundesverbands Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) übergeben worden. Detaillierte Informationen zum Stand der Erschließung und damit zur Zugänglichkeit all dieser Bestände finden sich auf unserer Homepage.

Der größte Teil der afas-Sammlung besteht aus Grauer Literatur, also aus Zeitungen, Flugblättern und Broschüren, die zumeist im Selbstverlag oder in kleinen, alternativen Verlagen gedruckt worden sind. Wir sammeln aber auch Plakate, Flyer, Buttons, Audio- und Video-Material. Selbst Museumsgut wie Transparente, bedruckte T-Shirts, Stelltafeln oder mit Parolen versehene Umhänge, die bei Demonstrationen getragen wurden, ist in nicht unerheblichem Umfang im afas zu finden.

Von zentraler Bedeutung für das afas ist natürlich das eigentliche Archivgut, also die Unterlagen aus den Büros der politisch arbeitenden Gruppen wie Korrespondenzen, Vorstandsprotokolle, interne Rundbriefe, handschriftliche Notizen von Sitzungen, Handakten von AktivistInnen etc. Gerade diese oft einzigartigen Materialien ermöglichen einen Blick hinter die Kulissen und machen Meinungsbildungsprozesse und Konflikte transparent. Aktuell sind im afas rund 2.500 Archiveinheiten, zumeist im Umfang von je 100 bis 500 Blatt, elektronisch verzeichnet, so dass darin komfortabel recherchiert werden kann. Aus Gründen des Datenschutzes ist dieser Katalog nicht auf unserer Webseite, sondern nur im afas nutzbar.

In unseren elektronischen Katalogen finden sich außerdem fast 14.000 Broschüren, über 8.000 Zeitschriftentitel, 4.000 Plakate, 3.000 Fotos, 1.500 Objekte und rund 700 audiovisuelle Medien. Die Broschüren, Zeitschriften, Plakate und Objekte sind auf unserer Homepage recherchierbar.

Das afas im Besonderen, aber auch andere Freie Archive im Allgemeinen sind notwendig, weil viele Initiativen aus den linken und alternativen Bewegungen aufgrund ihrer Struktur oder Kurzlebigkeit keine guten Hüterinnen ihrer eigenen Geschichte sein können. Spätestens wenn sie umziehen oder ihre Büros auflösen, geraten ihre Sammlungen in größte Gefahr, häufig landen sie in Altpapiercontainern. Das afas versucht, diesem Missstand abzuwehren. Mit dem Sammeln und Erschlie-

ßen dieser Materialien wird ein Stück dezentraler, lokaler und alternativer Geschichte bewahrt und öffentlich zugänglich gemacht. Hierbei ist das afas auf die Unterstützung der Gruppen und Projekte angewiesen, die einerseits kostenlose Belegexemplare ihrer aktuellen Zeitungen, Broschüren, Flugblätter oder Plakate, andererseits die im Laufe ihres Bestehens angelegten Sammlungen zur Verfügung stellen.

Das afas hat gute Kontakte zu vielen anderen Freien Archiven in der Bundesrepublik. Seit 2002 gehört es zum Vorbereitungskreis der regelmäßig stattfindenden Workshops der Archive von unten. Auch im Verband deutscher Archivarinnen und Archivare (VdA) ist das afas gut vernetzt: 2009 war es an der Gründung des Arbeitskreises „Überlieferungen der Neuen Sozialen Bewegungen“ im VdA beteiligt und arbeitet seitdem dort aktiv mit. Hauptanliegen des Arbeitskreises ist es, auf die völlig unzureichende Überlieferung aus den Alternativ- und Protestbewegungen und die Bedeutung Freier Archive aufmerksam zu machen. Dazu hat er 2016 das Positionspapier „Zur Zukunft der Archive von Protest-, Freiheits- und Emanzipationsbewegungen“ erarbeitet, das der VdA im Mai 2016 als offizielles Papier des Verbandes veröffentlichte. Ein Link zu diesem Text findet sich, neben vielen weiteren Informationen über uns, auf unserer Homepage.

.... und natürlich bitten wir um Hinweise auf weitere Sammlungen, die eine dauerhafte Bleibe suchen!

Jürgen Bacia

Archiv für alternatives Schrifttum
Münzstr. 37–43
47051 Duisburg
E-Mail: afas-archiv@t-online.de
Tel.: 0203 / 93 55 43 00
Homepage: www.afas-archiv.de

The Marxists' Internet Archive. Deutschsprachiger Teil

Es ist an der Zeit, auch in unserem Periodikum auf die „Marxists' Internet Archive“ – des größten Internetarchivs marxistischer Autoren und Autoren weiterer linker Strömungen der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung – aufmerksam zu machen. Ab 1990 wurde ein solches umfassendes Archiv zunächst nur mit Texten von Karl Marx und Friedrich Engels aus den vom Berliner Dietz Verlag herausgegebenen Marx/Engel-Werken in Angriff genommen. Sie wurden dafür ins Englische übersetzt. Zur Zeit enthalten die Marxists' Internet Archive Dokumente und Texte von 125 Autoren in 45 Sprachen. Diese Internetarchive wenden sich nicht allein an Fachleute, sondern an alle, die am marxistischen Gedankengut interessiert sind.

Im folgenden Beitrag möchte ich aus Platzgründen jedoch nur den deutschsprachigen Teil in seinen Grundzügen vorstellen. Auch dieser Teil befindet sich in ständiger Aktualisierung und Ergänzung. Aufzurufen ist er unter <http://marxists.org/deutsch>. Als Verwalter fungiert der irische Soziologe Eide O'Callaghan. Er engagiert sich seit den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts als Sozialist, zunächst in Irland, dann in Großbritannien und seit 1992 in der Bundesrepublik Deutschland, vor allem in den „neuen Bundesländern“ (Sachsen). Da die Arbeit an den Internetarchiven ehrenamtlich ist, ruft er zur Unterstützung bei deren Vervollständigung auf. Zu erreichen ist er unter eindeo@marxists.org.

Der deutschsprachige Teil des Marxists' Internet Archive wird mit dem Link „Was gibt's Neues?“ eröffnet. In ihm werden fortlaufend die neu aufgenommenen digitalen Dokumente und Texte ausgewiesen. Im Einzelnen enthält der deutschsprachige Internetarchivteil folgende Teilarchive: Bibliothek, Ausgewählte Marxisten (beide deckungsgleich), Geschichte, Philosophie, Wissenschaft und Kunst (die beiden zuletzt genannten Archive befinden sich in Vorbereitung). Die beiden zuerst genannten Teilarchive enthalten Texten und Schriften von insgesamt 85 Autoren. Die meisten aufgenommenen Texte und Schriften stammen von Karl Marx und Friedrich Engels. Weitere Texte finden wir von den deutschen Protagonisten August Bebel, Eduard Bernstein, Heinrich Brandler, Josef Dietzgen, Hermann Duncker, Ludwig Feuerbach, Hegel, Rudolf Hilferding, Max Hölz, Immanuel Kant, Karl Kautsky, Karl Korsch, Ferdinand Lassalle, Paul Levi, Karl und Wilhelm Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Johann Most, Rudolf Rocker, Otto Rühle, August Thalheimer, Ernst Thälmann, Wilhelm Weitling und Clara Zetkin.

Von den aufgenommenen ausländischen Autoren seien hier unter anderem genannt: Pawel Axelrod, Michael Bakunin, Bruno und Otto Bauer, Nikolai Bucharin, Georgi Dimitroff, Antonio Gramsci, Ernesto „Che“ Guevara, Alexandra Kollontai, Antonio Labriola, W. I. Lenin, Georg Lukács, Anton Pannekoek, Georgi Plechanow, John Reed, Josef W. Stalin, Leo Trotzki und Mao Zedong. Daraus ist ersichtlich, dass auch Autoren berücksichtigt wurden, die nicht zu den Marxisten zu zählen sind bzw. den Marxismus nicht teilten oder ihn auch ablehnten, sich aber mit ihm auseinandergesetzt haben.

Aus Platzgründen können wir hier nur auf eine Reihe wichtiger, vollständig zu lesenden Texte von Karl Marx und Friedrich Engels verweisen. Für den Zugang zu den Werken von Marx und Engels wurden unter anderem folgende von Marx verfasste Schriften ausgewählt: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung (1843), Ökonomisch-philosophische Manuskripte (1844), Thesen über Feuerbach (1845), Artikel aus der Neuen Rheinischen Zeitung (1848/1849), Die Klassenkämpfe in Frankreich (1850), Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte (1856), Inauguraladresse und Provisorische Statuten der Internationalen Arbeiter-Assoziation (1864), Das Kapital Band I (1867–1890), Der Bürgerkrieg in Frankreich (1871), Die Internationale Arbeiter-Assoziation und die Allianz der sozialen Demokratie (1868), Kritik des Gothaer Programms (1875), Das Kapital Band II (1885), Das Kapital Band III (1894). Von Engels wurden unter anderem folgende Schriften aufgenommen: Umriss zu einer Kritik der Nationalökonomie (1844), Die Lage der arbeitenden Klassen in England (1845), Grundsätze des Kommunismus (1847), Der deutsche Bauernkrieg (1850), Revolution und Konterrevolution in Deutschland (1852), Die preußische Militärfrage und die Arbeiterparteien (1865), Zur Wohnungsfrage (1873), Der Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen (1876), Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft (1880), Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates (1884), Dialektik der Natur (1886). An gemeinsam verfassten Schriften sind unter anderem zu lesen: Die heilige Familie und die Kritik der kritischen Kritik (1844), Die deutsche Ideologie (1846), Manifest der Kommunistischen Partei 1848), Ansprachen der Zentralbehörde an den Bund (März bzw. Juni 1850).

Am Schluss der beiden Teilarchive wird darauf hingewiesen, dass auf den folgenden Webseiten zusätzliche Texte und Dokumente von Marx und Engels sowie weiteren Revolutionären in deutscher Sprache vor-

handen sind: Stimmen der proletarischen Revolution; Glasnost; trend onlinearchiv; REDS-Die Roten. Wir halten es für wichtig, darauf aufmerksam zu machen, dass sich auf der Website „trend onlinearchiv“ auch das Inhaltsverzeichnis von Bänden des bekannten Carl-Grünberg Archivs „Archiv für die Geschichte der Arbeiterbewegung und des Sozialismus“ befindet.

Im Teilarchiv „Geschichte“ sind die Rubriken „Deutschland“, „Österreich“ und „USA“ bereits installiert, während sich die Rubriken „Frankreich“, „Großbritannien“, „Irland“ und „Russland“ noch in der Vorbereitung befinden. Die Rubrik „Deutschland“ weist Dokumente der deutschen Arbeiterparteien bzw. von kleineren linken Gruppierungen sowie einen Textauszug der Kommunistischen Internationale – es handelt sich um ihre Leitsätze aus dem Jahre 1922 – aus. Von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) wurden mehrere Parteiprogramme aufgenommen (u. a. das Gothaer Programm von 1875, das Eisenacher Programm von 1891, das Görlitzer Programm von 1921 und das Heidelberger Programm von 1925). Von der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) finden wir eine pdf-Datei mit dem Protokoll des Gründungsparteitages und das auf ihm angenommene Programm. In der Rubrik „Österreich“ befindet sich das Linzer Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oberösterreichs aus dem Jahre 1926 und der Link „Otto Bauer – Austromarxismus und Internationale Zweieinhalb“ (mit Texten zum Linkssozialismus und zum Austromarxismus und deren Theoretikern) und einigen Unterlinks“ (z. B. zum Kreisky-Archiv und zum Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung in Wien). In der Rubrik „USA“ sind neun Dokumente in deutscher Sprache enthalten, darunter der Text „Programm und Aufgaben. Der Todeskampf des kapitalistischen Systems und die Aufgaben des Proletariats“ (1933) der überparteilichen sozialen Bewegung „Industrial Workers of the World“ (Industriearbeiter der Welt).

Im deutschsprachigen Archiv Philosophie des hier vorgestellten Internetarchivs werden im Lichte der klassischen Traditionen der Philosophie und des tieferen Verständnisses des Marxismus Ludwig Feuerbach, J. W. F. Hegel und Immanuel Kant noch einmal gesondert mit einigen ihrer Hauptschriften vorgestellt. Bei Hegel und Kant wird mit Links auf weitere ihrer Werke verwiesen.

Rainer Holze

Recherchen in den Archiven zur ostzonalen Bodenreform 1945/46 und ihren Folgen. Ein Erfahrungsbericht

Kaum war der Beitritt der DDR zur BRD im Oktober 1990 erfolgt, da sahen sich die Archive Scharen neuer Benutzer gegenüber – so vielen wie nie in den Jahren zuvor. Es ging um Vermögensfragen, darunter auch im Kontext der Bodenreform. Die Akten der Agrarumwälzung waren in den fünf staatlichen Archiven der ehemaligen Länder der DDR detailliert aufgearbeitet worden, so dass sie durch Spezialverzeichnisse Recherchen erleichterten.¹ Wer beispielsweise ein derartiges Verzeichnis im Schweriner Landesarchiv in die Hand nimmt, dem werden sofort die Benutzerspuren auffallen.

Obwohl Absprachen der beiden Regierungen im Juni 1990 fixierten, dass die Ergebnisse der Bodenreform unantastbar sind – bestätigt durch den 2+4-Vertrag – beharrten Alteigentümer auf einer Rückgabe. So setzte 1991 ein Ansturm auf die aktenmäßige Überlieferung von Enteignungen durch die Bodenreform ein, um verloren gegangenes Landeigentum zu dokumentieren. Nachfolgend ging es um Ansprüche zur Rückgabe von Kulturgut und Kunstobjekten.

Die Bodenreform war der erste Schritt einer sozialökonomischen Umwälzung mit Signalfunktion für alle Folgeschritte. Fast ein Drittel der Landwirtschaftlichen Nutzfläche (LN) fiel in den Umverteilungsfonds: 3,3 Millionen von 9,3 Millionen Hektar. 2,5 Millionen ha kamen aus dem Privatbesitz über 100 ha Betriebsgröße (Großgrundbesitz nach der Begrifflichkeit der Reichsstatistik), insgesamt 7.160 Objekte. 132 Tausend ha kamen aus dem Privatbesitz unter 100 ha. Es waren etwa 4.500 von 567 000 bäuerlichen und großbäuerlichen Höfen betroffen. Aus dem Staatsbesitz fielen 538 Tausend ha LN in den Bodenreformfonds. Es entstanden 210.300 Neubauernstellen über 5 ha Betriebsgröße. Das waren reichlich ein Viertel der bäuerlichen Stellen, die 1950 existierten (788 000). 122.300 Altbauern profitierten von Land- und Waldzulagen (immerhin 15 Prozent).

Das riesige Werk der Bodenreform war juristisch gesehen eine Auftragshandlung der UdSSR, die die oberste Regierungsgewalt in der Ostzone wahrnahm, wie das auch in den Westzonen gemäß einer Ab-

¹ Siehe „Archivalische Quellen zur Geschichte der demokratischen Bodenreform“ von Siegfried Kuntsche zu den Beständen der Landesregierung Mecklenburg im Staatsarchiv Schwerin und von Herbert Papendieck zu den Beständen der Landesregierung Sachsen-Anhalt im Staatsarchiv Magdeburg in: Archivmitteilungen. Zeitschrift für Theorie und Praxis des Archivwesens, XV. Jahrgang 1965/6, S. 204-216.

machung der Siegermächte geschah. Die im Potsdamer Abkommen fixierte Politiklinie im alliiert besetzten Deutschland – Denazifizierung, Demilitarisierung und Demokratisierung – schloss auch eine Bodenreform ein. In der Ostzone überließ die Sowjetische Militäradministration (SMAD) der KPD das Tun, befahl die Bildung von Landesverwaltungen mit gesetzgeberischen Vollmachten, bildete Zentralverwaltungen als Vorstufe einer deutschen Nachkriegsregierung, so auch die Deutsche Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft in Berlin, verfügte die Wiederaufnahme der Tätigkeit von Kreisverwaltungen und Bürgermeistern. Die Landesverwaltungen erließen Anfang September Bodenreformverordnungen auf der Basis eines von der KPD-Zentrale übermittelten Entwurfs. Zur Durchführung der Bodenreform waren bei den Landes- und Kreisverwaltungen Kommissionen zu bilden, auf Gemeindeebene Kommissionen der Landbedürftigen.

Die Recherchen nach Vermögenswerten, die zeitweilig im Mittelpunkt der archivischen Arbeit standen, bezogen sich vorrangig auf spezielle Aktengruppen. Recherchen zur Rekonstruktion der Geschehnisse bei der Bodenreform und ihrer Folgen mit geschichtswissenschaftlichen Zielsetzungen müssen komplexer angelegt sein. Je nach der spezifischen Zielsetzung – Politik-, Wirtschafts-, Kultur- Sozial- oder Mentalgeschichte – werden verschiedenartige Überlieferungen in den Blick zu nehmen sein – neben den Akten offizielle Druckschriften, zeitgenössische Zeitungen und Zeitschriften, Memoiren und Lebensberichte.

Die sehr vielfältige und umfangreiche **Aktenüberlieferung zur Bodenreform in den staatlichen Archiven** der fünf neuen Bundesländer wird stets der Ausgangspunkt von Recherchen sein.

Die Überlieferung ist jeweils von der funktionalen Stellung des Amts bei der Umwälzung geprägt. Der Präsident der Landesverwaltung - im Falle der Bodenreformverordnung das Präsidium – erließ die grundlegenden Verordnungen zur Bodenreform, so z.B. zur Bildung von Staatsgütern, zur Vergabe von Resthöfen im Falle von Gutsbesitzern, die in der Hitlerzeit am Widerstand beteiligt waren, und zur Waldaufteilung. Die Landeskommisionen für Bodenreform entschieden Grundsatfragen sowie Präsenzfälle und verabschiedeten die Durchführungsbestimmungen.

Die Kernarbeit zur Bodenreform konzentrierte sich in den Bodenreformämtern auf Landes- und Kreisebene. Diese Stellen waren wechselseitig miteinander verbunden, so z.B. generell bei der Bearbeitung von

Einsprüchen gegen Enteignungen. Die Kreisebene trug die Verantwortung für die Bildung von Gemeindegremien der Landbedürftigen, für die Erarbeitung der Aufteilungspläne und auch dafür, dass die notwendigen Ermittlungen für die Enteignung bäuerlicher Höfe wegen Naziaktivismus oder Kriegsverbrechen erfolgten.

Auf Landesebene dokumentieren periodische Berichte und Statistiken das Voranschreiten der Land-, Vieh- und Inventaraufteilungen und schließlich auch der Baumaßnahmen. Auf allen Ebenen und in vielen Institutionen, so auch in den Ende 1946 gebildeten Landtagen war eine Vielzahl von Beschwerden von Neubauern zu bearbeiten: Benachteiligung bei der Landaufteilung und Zuweisung von Vieh, Geräten, Stall- und Wohnraum, Mangel an Saatgut und Vieh, Abweiden der Äcker durch Wirtschaftskommandos der Sowjetarmee usw.

Neben den Bodenreformämtern hatten sich andere Institutionen mit speziellen Aufgaben zu befassen: Stall- und Wohnbauten (SMAD-Befehl 209!), Grundbucheintragung, Kreditvergabe, Viehumsetzungen zugunsten der Neubauern aus viehreichen Altbauerndörfern u. a.

Die **Deutsche Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft** (DVLF) in Berlin konnte zunächst wie alle anderen Zentralverwaltungen nur beratend gegenüber der SMAD wirksam werden, hatte also gegenüber den Landesverwaltungen keine Leitungsbefugnisse. Durch die Person von Edwin Hoernle als führender Agrarpolitiker war ihre Tätigkeit eng mit der Abteilung Landwirtschaft des Zentralsekretariats der KPD und nachfolgend der SED verbunden. Zunächst trat sie durch Kontrollinspektionen in den Ländern in Erscheinung. Im Februar 1946 initiierte die DVLF eine zentrale Konferenz zur Bodenreform. Durch die Berichte der Länder entstand erstmals eine Gesamtsicht auf die Ergebnisse der Bodenreform und die Problemlagen der Neubauern. Nachfolgend erarbeitete die Zentralverwaltung einen Entwurf für eine Verordnung zur Grundbucheintragung der Neubauernstellen als Grundlage für normative Akte der Landesverwaltungen. Dies und die genannte Konferenz spiegeln wider, dass die DVLF nunmehr koordinierend wirkte. In der Folgezeit befasste sich die Abteilung Bodenordnung der Zentralverwaltung vor allem mit Maßnahmen zur materiellen Fundierung der Neubauernstellen, so z.B. durch ein Bauprogramm.

Die **Akten der Führung der KPD/SED im Archiv der Stiftung Parteien und Massenorganisationen der DDR (SAPMO) im Bundesarchiv** sowie der Landes- und Kreisleitungen in den Landesarchiven sind unter dem Aspekt der Politikgeschichte erstrangig.

Die KPD hatte in ihrem mit Stalin abgestimmten Programm vom 11.6. 1945 für eine gesellschaftliche Umgestaltung im Sinne von Antifaschismus und Demokratie auch eine Bodenreform als Ziel gesetzt. Die KPD-Leitung lenkte im Zusammenwirken mit der Besatzungsmacht die Bodenreform. Auf der Grundlage eines in Moskau erarbeiteten Konzepts für eine umfassende Bodenreform erarbeitete die KPD-Zentrale die erforderlichen Durchführungsbestimmungen. Neben dem Apparat der Besatzungsmacht war die KPD im Herbst 1945 die einzige politische Kraft, die Entscheidungen der Zentrale vertikal durch Landes- und Kreisleitungen durchsetzte. So erklärt sich, dass ein im Wesentlichen einheitliches Bodenreform-Gesetzeswerk zustande kam trotz Regionalisierung der Gesetzgebungsbefugnis.² Die Zentrale verlangte komplexe Berichte zum Gang der Bodenreform, organisierte komplexe Analysen und beriet auf Konferenzen die Fragen der Bodenreform. Aus dem Wirken der Abteilung Landwirtschaft entstand eine detailreiche Überlieferung zu Grund- und Sachfragen.

Der sog. Nachlass Walter Ulbricht (NY 4182) steht in enger Verbindung mit der Überlieferung aus den Parteizentralen von KPD und SED. Es handelt sich hier um die Akten des Sekretariats Walter Ulbricht und seine Handakten.

Die Übergabe von digitalisierten Aktenvorgängen aus dem **SMAD-Archiv** in Moskau an das Bundesarchiv³ erweiterte die Quellenbasis für Bodenreformrecherchen vor allem durch Berichte, die sich auf einzelne Dörfer beziehen. Generell scheinen Dokumente über die Ingangsetzung und Steuerung der Bodenreform zu fehlen. So steht der Historiker noch immer vor der Aufgabe, nicht nur das Wirken der SMAD gleichsam als Puzzle zu rekonstruieren, sondern er sieht sich gezwungen, neben par-

² Siegfried Kuntsche, Die Unterstützung der Landesverwaltung bzw. Landesregierung Mecklenburg durch die Sowjetische Militäradministration bei der Leitung der demokratischen Bodenreform. In: Kuntsche, Beiträge zur Agrargeschichte der DDR. 2015, S. 106. Im Rahmen des seinerzeitigen offiziellen Geschichtsbildes entstanden, beruht die Arbeit auf einer umfassenden empirischen Recherche der Bodenreformakten im Staatsarchiv Schwerin in Verbindung mit Recherchen im damaligen Zentralen Parteiarchiv der SED, wobei die Protokolle der Sekretariatssitzungen nicht zugänglich waren.

³ Detlev Brunner / Elke Scherstjanoi (Hg.), Moskaus Spuren in Ostdeutschland 1945 bis 1949. 2015.

tiell gesicherten Fakten mit deduktiv gewonnenen Wahrscheinlichkeitsaussagen und auch Vermutungen zu operieren.

2000 erschien eine Dokumentenpublikation aus sowjetischen Archiven, die vor allem durch den Abdruck des in Moskau erarbeiteten „Projekts einer Agrarreform in Deutschland“ vom 20.8.1945 als Grundlage des Entwurfs einer Bodenreformverordnung einen großen Erkenntnis-schritt ermöglichte.⁴ Die Besatzungsmacht agierte im ständigen Kontakt mit der KPD und den deutschen Verwaltungen und gab vielfach Handlungsanweisungen. Allen Schritten der KPD-Führung dürfte eine Konsultation mit der Besatzungsmacht vorweg gegangen sein. Solange die Archive der KPdSU verschlossen bleiben, kann der Bewegungsraum der KPD nicht abgeschätzt werden. Auf Landes- und Kreisebene bestand ein tagtäglicher Kontakt zwischen den Verwaltungen und den Kommandanturen, wobei letztere das Sagen hatte. Es scheint, dass die deutschen Repräsentanten trotz Verbotes ausnahmsweise Aktenvermerke anlegten.

Der Gang der Bodenreform unterlag in allen Phasen einer Kontrolle. Beispielsweise war jeweils bei den dörflichen Versammlungen zur Aufteilung des enteigneten Gutsbetriebes ein Offizier der Sowjetarmee zugegen. Zoneneinheitliche Überprüfungen wurden angeordnet, so der sogenannte „Bauernschautag“ (sic) am 17.2.1946 zur Kontrolle der tatsächlich erfolgten Aufsiedlung und zur Vorbereitung der Frühjahrsbestellung.

Die sowjetische Besatzungsmacht griff in Ausübung ihrer obersten Regierungsgewalt nur in einigen Fällen direkt in den Prozess der Bodenreform ein. Das geschah offenbar Ende September mit der Ausweisung der Enteigneten aus ihren Dörfern, im November mit der Annullierung der von den Landesverwaltungen Antifaschisten zuerkannten Resthöfe, im Februar 1946 mit der Anweisung zur Aufhebung der sog. Gemeinwirtschaft der Neubauern, d. h. zur Durchsetzung der individuellen Bewirtschaftung der zugeteilten Landparzellen, und letztlich 1947 mit der Bestätigung der von den Landesregierungen vorgelegten Entschei-

⁴ Kuntsche, Bemerkungen zum Dokumentenband „Die UdSSR und die deutsche Frage. Dokumente aus dem Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation“, Bd. II 1945-1946, Bearbeiter G. P. Kynin und Jochen Laufer. In: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung 2000/1 [Analyse mit Blick auf die Bodenreform]. W. S. Semjonow, Politischer Berater des Chefs der SMAD, bestätigte in seinen Memoiren diesen Zusammenhang: Semjonow, Von Stalin bis Gorbatschow. Ein halbes Jahrhundert in diplomatischer Mission 1939-1991. Berlin 1995

derung über die Enteignung bäuerlicher Höfe bzw. Rückgabe sequestrierter Höfe. Einmal erfolgte Enteignungen bäuerlicher Höfe konnten deutsche Stellen prinzipiell nicht rückgängig machen, auch wenn sie willkürlich erfolgt waren.

Die SMAD setzte Ende 1945 Andreas Hermes als Vorsitzenden der CDU ab, da dieser sich generell gegen die entschädigungslosen Enteignungen und dann gegen die rigorose Vertreibung der Enteigneten aus den Dörfern gewandt und schließlich einen Aufruf zur Neubauernhilfe ohne Prüfung von Fehlentscheidungen abgelehnt hatte.

Die bisherigen Recherchen zur ostzonalen Bodenreform führen zu der quellenmäßig gesicherten Aussage, „dass sie sowohl eine ´Revolution von oben´ war, die von der SMAD im Rahmen eines alliierten Konsenses im Zusammenwirken mit der KPD [bzw. SED. sowie mit starken Kräften in der SPD und auch in den beiden bürgerlichen Parteien] vollzogen wurde, als auch eine von breiten Schichten der Bevölkerung selbst durchgesetzte Aktion, die in der Landaufteilung elementare Lebensbedürfnisse befriedigt sahen.“⁵ Es ist zu wünschen, dass mit Blick auf den 75. Jahrestag 2020 weitere Analysen zur Bodenreform entstehen als ein Element des progressiven geschichtlichen Erbes – trotz aller Widersprüchlichkeiten und auch Fehlentscheidungen.

Siegfried Kuntsche

Information

Die Pflege und Aktualisierung unserer Webseite www.fabgab.de gehört zu den kleinen, aber wichtigen Aufgaben, für die wir helfende Hände und Köpfe benötigen. Da unsere Kollegin Sylvia Gräfe, die über viele Jahre diese Aufgabe verantwortlich und akribisch gelöst hat, diese Tätigkeit nun bald jüngeren Händen anvertrauen möchte, brauchen wir eine technisch und gestalterisch interessierte Nachfolgerin bzw. einen Nachfolger. Bitte meldet Euch beim Vorstand unter 033056/77417. Ihr werdet dringend gebraucht!

⁵ Ders., Die Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse und der Produktionsstruktur in der Landwirtschaft. In: Kuntsche, Beiträge zur Agrargeschichte, S. 141. [1993 entstanden im Zusammenhang mit der Bundestags-Enquete Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur].

Besondere Zeitdokumente

Manfred von Ardennes Beitrag zur Friedenssicherung im Jahre 1958

Vorgelegt werden ein Schreiben Walter Ulbrichts an Nikita S. Chruschtschow vom 25. September 1958. Ulbricht teilte Chruschtschow mit, dass Manfred von Ardenne an einem internationalen Kongress zur Elektronen-Mikroskopie in Westberlin teilgenommen hat. Ardenne sprach mit dem früheren Radarchef des westdeutschen Betriebes Telefunken sowie mit amerikanischen Fachleuten. Die Gespräche kamen auf die Abwehr ballistischer Fernraketen, die die Amerikaner in 5 bis 6 Jahren glaubten beherrschen zu können.

Ardenne ist der Meinung, schrieb Ulbricht, dass es notwendig sei, eine Tarnoberfläche für die Raketenhülle zu schaffen, die die Radarermittlung ausschaltet. Im Anhang übermittelte Ulbricht den auf zwei Seiten niedergelegten Vorschlag Ardennes, der hier als zweites Dokument vorgestellt wird.

Es ist gegenwärtig noch nicht möglich zu prüfen, wie die sowjetische Seite auf den Vorschlag Ardennes reagierte, weil die russischen Archive, die darüber Auskunft geben könnten, gesperrt sind.¹ Jedoch sollte man sich die Kräftekonstellation jener Zeit vor Augen führen, um die Bedeutung des Vorschlags von Ardennes halbwegs würdigen zu können. Die UdSSR hatte mit der 1956 erlangten Verfügung über ballistische Raketen und mit dem Paukenschlag des Starts des Sputniks am 4. Oktober 1957 ein bedeutendes militärstrategisches Ziel erreicht. Im Konfliktfalle mit den USA waren diese auch auf dem eigenen Territorium verwundbar. Die neue Situation wurde mit dem Begriff „Gleichgewicht des Schreckens“ beschrieben. Für einige Jahrzehnte sorgte dieses Gleichgewicht dafür, dass es nicht zu einem dritten Weltkrieg kam. Wären die Amerikaner ab Mitte der 60er Jahre in der Lage gewesen, sowjetische Raketen sicher abzufangen, dann wäre der Frieden sehr bald wieder bedroht gewesen.

Ardenne wusste wie kein zweiter um diese Zusammenhänge. Von 1945 bis 1954 arbeitete er ebenso wie andere deutsche Techniker und Wissenschaftler in Sinop bei Suchumi auf der Basis einer Verpflichtung an der Entwicklung der sowjetischen Atombombe mit. Dies geschah

¹ Vgl. Matthias Uhl: Stalins V-2. Der Technologietransfer der deutschen Fernlenkwaffentechnik in die UdSSR und der Aufbau der sowjetischen Raketenindustrie 1945 bis 1959. Bonn 2016, S.19-20.

nicht so sehr aus reinem Opportunismus, wie das die herrschende Publizistik heute behauptet. Von Ardenne hatte schon am 10. Mai 1945 einen Brief an Jossif W. Stalin geschrieben, worin er erklärte, dass er ab dem heutigen Tage sich der sowjetischen Regierung zur Verfügung stellt. Das deutete auf reifliche Überlegung hin. Ardenne hatte sich Gedanken über den selbst miterlebten Missbrauch der Wissenschaft im zweiten Weltkrieg gemacht. Er hatte den Krieg, dem auch zwei seiner Brüder zum Opfer fielen, verabscheuen gelernt. Manfred von Ardenne hatte erfahren, dass die Großfirmen den technischen Fortschritt bremsen, wenn er ihren Gewinn zu reduzieren droht. Aus dieser Erkenntnis hatte er die Schlussfolgerung abgeleitet, sich sowohl von den großen Konzernen als auch von der etablierten Wissenschaft weitgehend fernzuhalten und seine Selbständigkeit zu bewahren. Von Professor Fritz G. Houtermans hatte von Ardenne gehört, dass in der Sowjetunion jenen Menschen mit Achtung begegnet wird, die durch schöpferische Leistungen den Fortschritt von Naturwissenschaft und Technik fördern. Von ausländischen Rundfunksendungen wusste er, dass der Vertrag von Jalta die Arbeit deutscher Wissenschaftler für die Siegerstaaten vorsah, um diese so zur Wiedergutmachung eines Teils des angerichteten materiellen Schadens heranzuziehen. Die Verpflichtung für die Forschung in der Sowjetunion traf von Ardenne keineswegs unvorbereitet.

Am 21. Mai 1945 startete auf dem Flughafen in Berlin-Tempelhof eine Douglas-Transportmaschine. Mit den Ardennes zog auch das Forschungslaboratorium für Elektronenphysik mit nach Abchasien um; als Privatbesitz, nicht als Reparationsleistung! Im Kaukasus entwickelte Ardenne ein Isotopen-Trennverfahren, das die industrielle Gewinnung von Uran 235 ermöglichte. 1953 erhielt er dafür den mit 100000 Rubeln dotierten Stalin-Preis.

Im April 1955 kehrten die Ardennes und ihr Laboratorium wieder nach Deutschland zurück. Der Baron entschied sich für die DDR. Er errichtete auf dem „Weißen Hirsch“ in Dresden das größte private Forschungsinstitut des sozialistischen Lagers, das „Forschungsinstitut Manfred von Ardenne“ mit rund 500 Mitarbeitern. Das Institut konzentrierte sich auf die industriennahe Forschung. 1956 wurde Ardenne auf den Lehrstuhl für elektronische Sonderprobleme der Kerntechnik an der Technischen Hochschule Dresden berufen. Mit der Gründung des Forschungsrates der DDR im Jahre 1957 wurde er dessen Mitglied.

Dem Dresdner Klub der Intelligenz, dem Manfred von Ardenne beitrug und dessen Vorsitz er einige Jahre innehatte, wurde vom Kulturbund eine Sonderstellung eingeräumt. Seine Mitgliederzahl blieb auf Wunsch der DDR-Regierung begrenzt. Bei ihm waren u.a. zu Gast: Walter Ulbricht, Kurt Hager, Albert Norden, Werner Krolkowski, Johannes Dieckmann, Gerald Götting, Lothar Bolz und Erich Correns. Bündnispolitik war angesagt. Den honorigen Herren um Manfred von Ardenne wurde gehörig der Hof gemacht. Das tat ihnen gut, aber sie nutzten die Gelegenheit auch, um auf Schwächen und Probleme der Politik, Ökonomie und Gesellschaft der DDR aufmerksam zu machen.

Manfred von Ardenne hat in seiner Autobiographie sich klar zu seinem Beitrag zum „nuklearen Patt“ zwischen der Sowjetunion und den USA bekannt: „Das so frühe Erscheinen des Atomwaffenpotentials der Sowjetunion hat die USA überrascht und bis zum heutigen Tage die nukleare Auseinandersetzung zwischen den beiden Hauptmächten verhindert. Zu diesem Thema stellte ich 1983 bei einem Besuch meines Veters Wolf Graf Baudissin die Frage: ‘Habe ich eigentlich aus deiner politischen Sicht richtig gehandelt, dass ich in der Sowjetunion zur schnellen Entwicklung der Isotopentrennung beitrug?’ Seine Antwort war: ‘Ja, das ist auch aus unserer Sicht gut gewesen, denn hierdurch ist das nukleare Patt beschleunigt worden, welches in den zurückliegenden Jahrzehnten den Kernwaffenkrieg zwischen den USA und der Sowjetunion verhindert hat’.“²

Siegfried Prokop

² Manfred von Ardenne: Sechzig Jahre für Forschung und Fortschritt. Berlin 1987, S. 205.

Dokument 1:

25.9.1958.

An den
Ersten Sekretär des ZK der KPdSU
Genossen N. S. C h r u s c h t s c h o w

Teurer Genosse Nikita Sergejewitsch!

Anlässlich des internationalen Kongresses über Elektronen-
Mikroskopie in Westberlin sprach unser Professor Manfred von
Ardenne mit dem früheren Radarchef des westdeutschen Betriebes
Telefunken sowie mit amerikanischen Fachleuten für Elektronik.
Die Gespräche kamen auf die Abwehr ballistischer Fernraketen.
Professor v. Ardenne ist der Meinung, daß es notwendig wäre, eine
Tarnoberfläche für die Raketenhülle zu schaffen, die die Radar-
ermittlung ausschaltet.

In der Anlage übersittle ich Ihnen die Anregungen des
Herrn Prof. v. Ardenne.

Mit freundschaftlichem Gruß

/W. Ulbricht/

Anlage

SAPMO-BArch, DY 30/3733, Bl.2

Dokument 2:

„Sehr vertraulich!“

Betrifft: Abwehr ballistischer Fernraketen mit nuklearer Ladung.

Auf einem internationalen wissenschaftlichen Kongress haben Gesprä-
che mit führenden Wissenschaftlern der Radartechnik und Elektronik
aus Washington stattgefunden, bei denen sich die Amerikaner sehr of-
fen zu dem obigen Thema geäußert haben. Danach besteht in den

wissenschaftlich-technisch führenden Kreisen der USA die Auffassung, dass in etwa 5 bis 6 Jahren eine Abwehr ballistischer Fernraketen durch Gegenraketen mit atomarer Sprengladung möglich sei. Man stellt sich dies so vor, dass die ankommende ballistische Rakete rechtzeitig von den „Long-Range“-Radargeräten einschliesslich ihres Bahnverlaufes erfasst und dann mit elektronischen Rechenmaschinen in Sekundenbruchteilen alle Grössen berechnet werden, welche zur zielsicheren Steuerung der Abwehrrakete erforderlich sind. Soweit die amerikanischen Informationen, die im Hinblick auf den gegenwärtigen Stand der Technik recht naheliegende Entwicklungstendenzen enthüllen.

Wichtig erscheint nun die folgende aus diesen Gesprächen von unserer Seite gezogene **technische Schlussfolgerung**, weil von deren rechtzeitiger Berücksichtigung die Stärke des künftigen militärischen Potentials entscheidend abhängen kann. Diese technische Schlussfolgerung lautet: Man muss damit rechnen, dass die Gegenseite folgende Entwicklungen einleitet bzw. man sollte zum Studium dieser Fragen im eigenen Bereich sofort nachstehende Entwicklung starten:

Gestaltung der ballistischen Fernraketen in solcher Weise, dass sie während ihres Fluges ausserhalb der Erdatmosphäre von den „Long-Range“-Radargeräten nicht mehr wahrgenommen werden können. Dies könnte beispielsweise dadurch geschehen, dass nach Durchstossen der Lufthülle und bis zum Wiedereintritt in die Lufthülle, also während des Fluges im Vakuum am Raketenkopf automatisch ein Schirm erscheint und sich öffnet mit einer die Radarwellen schluckenden Oberfläche. Solche Oberflächen sind an sich bereits bekannt. Ihre Struktur ist jedoch eine solche, dass sie beim ersten Durchstossen der Lufthülle durch die Luftreibung zerstört werden würde. Deshalb der Vorschlag, erst nach Durchstossen der Lufthülle den Schirm zu entfalten. Durch das geschilderte Verfahren würde eine Analyse der Bahn einer ankommenden Rakete mit ausreichender Genauigkeit unmöglich werden.“

SAPMO-BArch, DY 30/3733, Bl.3-4

Tagungen und Konferenzen

„Selbstorganisation und Demokratie am Arbeitsplatz: Partizipation, ArbeiterInnenkontrolle und Selbstverwaltung in glo- baler Perspektive“

Bericht von der 54. ITH-Konferenz vom 6.-8. September 2018 in Linz

Stark im Zeichen des massiven Angriffs der österreichischen Rechtsregierung aus ÖVP und FPÖ auf die Beschäftigtenrechte im Alpenland standen das Klima und viele Diskussionen auf der 54. ITH-Konferenz, die wie gewohnt im Bildungszentrum der Arbeiterkammer Oberösterreich, dem „Jägermayrhof“ in Linz stattfand. Deutlich wie selten zuvor begrüßte deren stellvertretender Direktor Karl Molterer die Teilnehmer mit der Aufforderung, im Kampf für die Verteidigung elementarer Schutz- und Selbstbestimmungsrechte in Österreich zusammen zu stehen. Trotz massiven Drucks seitens der Gewerkschaften und einer Demonstration in Wien mit mehr als 100.000 Beteiligten hält die Regierung Kurz/Strache an ihrem Vorhaben fest, die 60-Stunden-Arbeitswoche in Österreich möglich zu machen, ein Rückfall in Zeiten junkerlich-kapitalistischer Herrschaft des 19. Jahrhunderts. Und so gewann das Konferenzthema (siehe Überschrift) eine eminent politische Bedeutung. Gemeinsam, so Molterer, sollten Arbeiterorganisationen und Wissenschaft das Bewusstsein für die sozialpolitischen und die für Beschäftigtenmitsprache erkämpften Errungenschaften stärken.

Vorher hatten der ITH-Vorstand und die Generalversammlung getagt. Im Vorstand und den beigeordneten Kommissionen gab es keine personellen Veränderungen, allein die Neuwahlen werden ab jetzt nur noch zweijährig durchgeführt, also im Jahre 2020 erneut. Winfried Garscha (Wien) nahm einmal mehr die traurige Pflicht wahr, einen Verstorbenen zu ehren: Hans Hautmann (1943–2018) gehörte zur ITH-Gründergeneration und darüber hinaus zu den ersten Wissenschaftlern, die sich außerhalb Russlands mit der Rätebewegung beschäftigten, wovon er sich habilitierte. Vorgetragen wurde außerdem, dass die noch ausstehenden Konferenzbände von 2016 und 2017 nun endlich im Jahr 2019 erscheinen sollen.

In ihrem Begrüßungsreferat erläuterte die ITH-Vorsitzende Prof. Dr. Susen Zimmermann (Wien/Budapest) die Basiskonzeption der Tagung: Die Konzepte und Formen von Arbeiter-Selbstorganisation sollten vorgestellt und lokalisiert, ihr historisches Schicksal rekonstruiert und die Beziehung von Selbstregierung der Arbeit und der Demokratie diskutiert werden, damit Arbeiterdemokratie zurück erkämpft und aufrecht erhalten werden könne.

In einem Einleitungsvortrag gab Dario Azzellini (Ithaca/USA) einen umfassenden Überblick über historische und zeitgenössische Formen von Arbeiterselbstverwaltung und Genossenschaftlichkeit, die sich schon im Altertum bei den Ägyptern, in Mesopotamien, bei Griechen und Römern vorfinden ließen. Seinen Fokus legte er dabei auf die in Form und Reichweite oft weit auseinandergehenden Praktiken kooperativen und selbstbestimmten Arbeitens. In Anknüpfung an die historische Kontroverse zwischen Rosa Luxemburg und Eduard Bernstein („Sozialreform oder Revolution“) bewertete er die zahllosen, uns oft gar nicht bewussten, weltweiten Versuche zur nichtkapitalistischen Arbeitsorganisation und -kontrolle u.a. unter den Gesichtspunkten ihrer tatsächlichen Autonomie und unter der Frage, ob sie eine reine Rechtsform oder eine eigene Eigentumsform bildeten. In seinem (etwas zu langen) Vortrag kam er zu den Resultaten, dass die Rechtsform „Kooperative/Genossenschaft“ gerade heute unter neoliberalen Bedingungen sehr missbrauchsanfällig geworden sei, aber insgesamt jeder Versuch einer Arbeiterautonomie irgendwann dem staatlichen Zugriff oder der Öffnung für den Wettbewerb zum Opfer gefallen sei. Gerade diese Bemerkung fand keine ungeteilte Zustimmung, rückte sie doch den Staat pauschal in die Gegnerrolle, statt Möglichkeiten der Sicherung von Arbeitereigentum an Produktionsmitteln auch über den Staat neu zu justieren. Dass die reine Existenz von Genossenschaften noch kein breites sozialistisches Bewusstsein erzeuge, fand allerdings größere Zustimmung auch deshalb, weil die politische Durchsetzung alternativer Eigentumsverhältnisse eine unabdingbare Bedingung für die Überwindung des kapitalistischen Eigentums bleibt.

Traditionell fand der Eröffnungsabend seinen Abschluss mit einem Buffet auf Einladung des Linzer Oberbürgermeisters. Am Folgetag wurde in vier Panels vorgetragen und diskutiert. Dabei ging es um „Manifestationen von Arbeitermacht“, die Einbeziehung von Belegschaften in die Selbstorganisation, über Selbstverwaltungsprojekte bzw. -debatten in

den sozialistischen Staaten und um die Beziehung von Arbeiter-Partizipation und Nations- bzw. Staatsbildung. Leider standen manche Beiträge oft unverbunden nebeneinander und besaßen einen eher rein soziologischen denn historischen Betrachtungswinkel. Fragen nach den Gründen des Scheiterns mancher kurz- wie langlebiger Selbstverwaltungsbewegungen und der Lehren daraus blieben z.T. offen, erwähnt wurden u.a. Beispiele aus Frankreich, Jugoslawien und dem Iran. Aus Berlin beteiligten sich unsere Mitglieder Ralf Hoffrogge und Dietmar Lange sowie als weitere Berlinerinnen und Berliner Anna Delius (FU) und Nikolas Lelle (HU) als Vortragende. Ralf Hoffrogge skizzierte die Arbeiter- und Soldatenräte 1918/19, Dietmar Lange die Arbeiterautonomiekämpfe bei FIAT in Turin, Anna Delius zog einen Vergleich zwischen Arbeiterselbstorganisationsbestrebungen im Spanien Francos und in der VR Polen, Nikolas Lelle strich Arbeiterpartizipation in NS-Musterbetrieben als Mittel der Gefolgschaftsbildung und Ausbeutungseffizienz heraus. Den Abend rundete eine Diskussion aus aktuellem Anlass ab: Die Angriffe auf die Arbeiterselbstverwaltung in Österreich durch die Rechtsregierung wurden in einer gemeinsamen Veranstaltung von Arbeiterkammer Oberösterreich und ITH analysiert (Karl Molterer, AK) und die historische Bedeutung der Selbstverwaltung dargelegt (Brigitte Pellar, ITH). Es gelte nun, diese Errungenschaften entschlossen zu verteidigen.

Den Sonnabend eröffnete der Vortrag von Holger Czitrich-Stahl zur Geschichte des Kampfes um ein demokratisches Arbeitsrecht im Deutschen Reich im 19. Jahrhundert. Dort wurde in Anknüpfung an die aktuelle Lage in Österreich der Wert einer weitgehenden Verrechtlichung der Arbeitsbeziehungen und der Selbstorganisation als Zivilisierung und Festschreibung von Kräfteverhältnissen zwischen Kapital und Arbeit betont. Die Wellentäler der gewerkschaftlichen Debatten in Belgien zwischen 1945 und heute erläuterte Stan de Spiegelaere vom Brüsseler „European Trade Institute“. Auch hier fanden die intensivsten Debatten nach 1960 statt und flauten während der Globalisierung und nach dem Zusammenbruch des Staatsozialismus deutlich ab. Den Abschluss dieses Panels bildete der Vortrag von Sara Lafuente Hernandez (ebenfalls vom Brüsseler Institut) über die Entwicklungsformen der Mitbestimmung in europaweiten Unternehmen. Unterschiede wie Gemeinsamkeiten und Schlussfolgerungen für die Beschäftigtenseite aus der sich häufig am deutschen Mitbestimmungsmodus orientierenden Partizipationspraxis in

Aufsichtsräten etc. wurden eindrucksvoll aufgezeigt. Ein letzter Themenblock folgte im Kontext von Partizipation vs. Neoliberalismus. Studien über Arbeitskooperativen in Irland, über (nur scheinbaren) „Kapitalismus ohne Chefs“ und über die Auswirkungen des Grades von Beschäftigtendemokratie und -selbstverwaltung auf gesellschaftliche demokratische Lern- und Beteiligungsprozesse wiesen nach, dass nur wachsende Autonomie vom kapitalistischen Eigentum demokratische Gesamtprozesse erkennbar beeinflusst.

Goran Music, Dario Azzellini und György Szell (Osnabrück) fassten in einer Roundtable-Debatte die eingebrachten Analysen prägnant zusammen und stimmten mit dem Forum überein, dass sich dem neoliberalen und autoritären Hegemoniestreben gegenüber immer mehr auf Autonomie vom Kapitalismus setzende lokale, regionale und globale Bewegungen bildeten, jede für sich ein Laboratorium solidarischer Ökonomie, praktischer Solidarität und weltweiter Lernprozesse. Dies sollte uns allen Mut machen.

Nebenbei konnte ich für unsere Mitteilungen weitere Kontakte mit Archiven und Bibliotheken knüpfen, denen ich unser Interesse an einer Vorstellung in den „Mitteilungen“ bekundet habe. Die 55. ITH-Tagung wird vom 5.-7. September 2019 in Linz zum Thema „Arbeit auf dem Land: AkteurInnen, Gesellschaften und Umwelten“ stattfinden. Der „Call for Papers“ ist eingeläutet!

Holger Czitrich-Stahl

Information

Die Publikation **zur ITH-Konferenz 2016 („Güterketten und Arbeitsverhältnisse“)** wird aller Voraussicht nach Ende 2019 und die Publikation zur ITH-Konferenz 2017 (**„Welten der Arbeit auf den Kopf gestellt – Revolutionen und Arbeitsbeziehungen in globalhistorischer Perspektive“**) im Laufe des Jahres 2020 bei Brill erscheinen.

Aus dem ITH-Newsletter, 55. Jg., Nr. 1 (Dezember 2018)

Die 49. Konferenz der *International Association of Labour History Institutions* (Mailand, 12.–15. September 2018)

Die Jahreskonferenz 2018 der IALHI fand im kürzlich eröffneten Neubau der „Fondazione Giangiacomo Feltrinelli“ in Mailand statt. Der imposante Glaspalast beherbergt einen der reichhaltigsten Bestände zur Geschichte der Arbeiterbewegung und verfügt zugleich über Konferenz- und Studienräumlichkeiten, Buchhandlung und Restaurationsbetrieb. In seiner Begrüßungsrede umriss Carlo Feltrinelli, der Vorsitzende der Fondazione, deren Zielsetzungen als Forschungsinstitution, die sich historisch informiert mit den wesentlichen gesellschaftlichen Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft befasst, wie auch als Ort des demokratischen Diskurses in einer Zeit zunehmender Infragestellungen demokratischer und progressiver Werte in Italien und darüber hinaus.

Die Konferenz stand unter dem Titel „The Sources of '68“, bot aber auch Raum für zahlreiche Präsentationen, die sich allgemeinen archiv- und bibliothekfachlichen sowie museologischen Themen und Projekten widmeten. An der Jahresmitgliederversammlung wurde ein Wechsel in der Leitung der IALHI vollzogen. Als Nachfolgerin von Geert Van Goethem (Amsab-ISG, Ghent) hatten die Mitglieder vorgängig per e-Voting Anja Krucke (Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn) an die Spitze des Dachverbandes gewählt. Unter Van Goethems Leitung hat die IALHI in den vergangenen Jahren den Mitgliederschwund der vorangegangenen Zeit umgekehrt und umfasst heute wieder mehr als 90 Institutionen, die vermehrt auch aus dem „Global South“ stammen.

Bei den Präsentationen laufender Projekte standen technische und rechtliche Fragen im Zusammenhang mit der Digitalisierung von Gedächtnisinstitutionen sowie aktuelle Ausstellungsvorhaben und neu zugängliche Bestände im Zentrum. Der Vortrag von Fabian Würtz (Schweizerisches Sozialarchiv, Zürich) und Eric de Ruijter (IISG, Amsterdam) über die Präsentation genuin digitaler Archivbestände gemäß dem IIF-Standard zeigte ein schönes Beispiel einer bilateralen Kooperation von IALHI-Mitgliedsorganisationen bei der Erarbeitung innovativer Lösungen in der digitalen Welt. Zu reden gaben im Anschluss an das Referat von Afelonne Doek (IISG, Amsterdam) die Auswirkungen der neuen EU-Datenschutzvorschriften auf Archivinstitutionen. Referate zu neu zugänglichen oder kürzlich digitalisierten Beständen präsentierten

etwa Oral-History-Aufnahmen aus den 60er Jahren zum finnischen Bürgerkrieg von 1918, die Nachlässe von Camille Huysmans, dem langjährigen Sekretär der Zweiten Internationale und belgischen Ministerpräsidenten von 1946/47, und des international breit vernetzten britischen Trotzisten Ted Crawford oder die George Meany Memorial AFL-CIO Archives an der University of Maryland. Vorgestellte Ausstellungsprojekte bezogen sich auf so unterschiedliche Themen wie die japanischen Reisesunruhen am Ende des Ersten Weltkriegs, die Rolle von Saisonarbeitern für den wirtschaftlichen Aufschwung Genfs in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts oder die 68er-Bewegung in Mailand. Lucas Poy präsentierte mit dem „Centro de Estudios Históricos de los Trabajadores y las Izquierdas“ in Buenos Aires die Arbeit einer jungen Institution zur Geschichte sozialer Bewegungen in Lateinamerika.

Dem Tagungsthema „1968“ widmete sich eine Reihe von Keynote-Referaten: Marcello Flores (Siena) plädierte für eine transnationale Perspektive und die Betonung des kulturevolutionären Charakters von „68“. Alessandro Portelli (Rom) präsentierte seine Oral-History-Forschungen zu 1968 in Italien, für die er Angehörige unterschiedlicher Gesellschaftsschichten interviewt hat. Der Fotograf Uliano Lucas (Mailand) präsentierte sein Bildmaterial, das er als zugleich Beteiligter und Chronist sozialer Bewegungen angefertigt hat. Marta Gara (Mailand) analysierte anhand der Washington DC Non Voting Delegate Election von 1971 den Umgang von Radikalen der 60er und 70er Jahre mit dem Machtproblem. Maria Grazia Meriggi (Bergamo) diskutierte das Verhältnis der studentischen 68er und der Arbeiterbewegung. Donatella Sasso (Turin) schließlich fragte nach dem befreienden Charakter der 68er-Bewegung in Italien und Westeuropa.

Insgesamt demonstrierte die Tagung eindrücklich die große thematische und fachliche Spannweite, technische Innovationskraft und zunehmende Globalität der IALHI-Community, die nächstes Jahr ihr 50jähriges Jubiläum feiert.

Christian Koller, Schweizerisches Sozialarchiv, Zürich

Kein „Erlösungstag der Deutschen“: Der 9. November als schicksalsträchtiges Datum der deutschen Geschichte

Veranstaltung am 22. November 2018 in der Galerie „Olga Benario“.

Der Koordinationskreis „Unvollendete Revolution 1918“ ging aus einem Seminar von „Arbeit und Leben“ zur Novemberrevolution 1918/19 im Februar 2018 hervor, das vorwiegend von Betriebsräten besucht worden war. Hieraus entstand die Idee, das Gedenken an die deutsche Revolution von 1918/19 weiterhin aktiv zu begleiten. Reiner Zilkenat und ich nahmen als Referenten und Diskussionspartner daran teil und besuchten auch im Laufe des Jahres die Koordinationstreffen, wann immer es uns möglich war. Die Demonstration am 8. November vor dem Brandenburger Tor und eine Broschüre „Die unvollendete Revolution“ erwachsen u.a. aus diesen Aktivitäten. Zur Arbeit der Initiative, die sich in der Galerie „Olga Benario“ in Neukölln trifft, gehören auch Leseabende, Kunstausstellungen und Diskussionsveranstaltungen.

Am 22. November stand das Thema „Der 9. November in der deutschen Geschichte“ zur Debatte. Claudia von Gélieu, Benedikt Hopmann und Holger Czitrich-Stahl sprachen über den Bedeutungsgehalt dieses Datums. In ihrer Anmoderation wies Claudia von Gélieu darauf hin, dass der 9. November zuallererst immer mit dem Mauerfall und der Reichspogromnacht in Verbindung gebracht würde, die deutsche Revolution und der „Hitler-Putsch“ von 1923 aber meistens unter den Tisch fielen. Was sei die Ursache für ein solches reduziertes Gedenken, stellte sie H. Czitrich-Stahl als Frage. Dieser antwortete, dass es seit der deutschen Vereinigung wohl Ziel von Geschichtspolitik sei, den 9. November als einen „Erlösungstag der Deutschen“ zu begehen, habe doch der 9. November 1989 scheinbar die Deutschen vereint und mit ihrer Vergangenheit versöhnt. Er sah Ex-Bundespräsident Gauck als die Verkörperung einer solchen Ideologie. Nähme man aber den 9. November 1799 („18. Brumaire“ Napoleon Bonapartes) und den 9. November 1848 (Erschießung Robert Blums in Wien) hinzu, so lasse sich der 9. November als ein Symboldatum für den Kampf zwischen Fortschritt, Gleichheit und Frieden einerseits und Reaktion, Kapitalismus und Unterdrückung andererseits charakterisieren. Nur unter diesem Gesichtspunkt könne man auch die tatsächliche Bedeutung der Novemberrevolution bestimmen.

Benedikt Hopmann pflichtete dem bei und zählte die noch nicht eingelösten Forderungen der Novemberrevolution auf: Sozialisierung, Entmilitarisierung, soziale Gerechtigkeit, ein demokratisches Arbeitsrecht sowie Wirtschaftsdemokratie. Diesen Forderungen und den sie tragenden Bewegungen haben die Angriffe der Nazis 1923 und 1938 gegolten. Claudia von Gélieu hob die Bedeutung des Frauenwahlrechts und der Besserstellung der Frauen durch die Weimarer Republik hervor. In weiteren Diskussionsbeiträgen wandten sich Podium und Gäste gegen den Versuch, die Novemberrevolution und deren Errungenschaften „kleinzureden“ und erörterten auch die Bedeutung des 9. Novembers 1989: einerseits ein Aufbegehren gegen Verkrustung und Bevormundung, andererseits ein Roll-Back zur flächendeckenden Wiedereinführung des Kapitalismus in Deutschland und Europa. Schon allein die Folgen dieser Umwälzungen zeigen, so Czitrich-Stahl, dass es hier nicht um „Erlösung“ geht, sondern um die Fortsetzung der fundamentalen Auseinandersetzung seit der Französischen Revolution und Napoleons Code Civil und ihren Gegnern, damals Royalisten, heute Nationalisten. Benedikt Hopmann hob hervor, dass die Novemberrevolutionäre uns Forderungen mitgegeben hätten, deren Einlösung auch jetzt noch oder mehr denn je aktuell seien. Auch aus dem Publikum dieser lebhaften Veranstaltung kamen Anregungen, so zum Beispiel nicht zuzulassen, dass das 30jährige Jubiläum des Mauerfalls wieder zu einer Abrechnung mit den fortschrittlichen Kräften missbraucht würde.

Holger Czitrich-Stahl

100 Jahre Arbeiterparlament – Bericht von der Festveranstaltung im Abgeordnetenhaus am 17. Dezember 2018 anlässlich des 100. Jubiläums der Eröffnung des 1. Allgemeinen Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte (16.–21. Dezember 1918).

Im Gedenkjahr der deutschen Revolution 1918/19 fand an historischer Stätte, im damaligen Preußischen Abgeordnetenhaus und heutigen Sitz des Berliner Landesparlaments, eine Festveranstaltung zur Erinnerung an die 100. Wiederkehr der Eröffnung des 1. Allgemeinen Reichsrätekongresses statt. Rund 150 Gäste waren erschienen und wurden von

Ralf Wieland (SPD), dem derzeitigen Präsidenten des Abgeordnetenhauses begrüßt. Er erinnerte an den Ersten Weltkrieg, der europaweit die überfälligen Umwälzungen in vielen Ländern verhindern sollte, um die Throne zu retten, und der besonders von Berlin und Wien aus forciert wurde – eine klare Distanzziehung zu Christopher Clarke. Wieland erläuterte den Rahmen und die Aufgabenstellung des Arbeiter- und Soldatenkongresses vom Dezember 1918, natürlich besonders mit Blick auf die grundlegende Verfassungsentscheidung „Nationalversammlung oder Räteprinzip“. Er vergaß aber auch nicht darauf hinzuweisen, dass im Festsaal des Hauses um die Jahreswende 1918/19 die KPD als „linke Sammlungsbewegung“ gegründet wurde. Er schloss seine Ausführungen mit dem Fazit, dass die Revolution erfolgreich war und die „Wiege der Republik [...] im Abgeordnetenhaus [stand]“. Angesichts des rechten Populismus mahnte er zum „wachsam bleiben“.

Als Redner folgte ihm der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann. Er wandte sich gegen eine Betrachtung, die die Weimarer Republik allein von ihrem Ende her sehe und bewerte. Für ihn standen besonders das allgemeine und gleiche Wahlrecht mit besonderer Betonung des Frauenwahlrechts, der Achtstunden-Arbeitstag, die geschaffenen Instrumente zur Mitbestimmung der Arbeiterschaft, das „Stinnes-Legien-Abkommen“ zur „Sozialpartnerschaft“ und das Betriebsrätegesetz von 1920 im Fokus. Dass die Arbeiterbewegung einheitlich den Kapp-Lüttwitz-Putsch vom März 1920 zu Fall brachte, hob er ebenfalls hervor. Insgesamt schien es ihm aber besonders um die Beschwörung der „Sozialpartnerschaft“ zwischen Arbeit und Kapital zu gehen, was unterschwellig hörbar nicht auf den ungeteilten Beifall des Auditoriums stieß.

Dr. Axel Weipert als Fachhistoriker nahm in seinem Vortrag den Charakter des Reichsrätekongresses unter die Lupe. Er betonte, dass trotz der klaren Mehrheiten der Parteizugehörigkeiten zu Gunsten der MSPD der Kongressverlauf eigene Akzente gesetzt habe, die der Grundorientierung der Mehrheitssozialdemokratie widersprachen, z.B. in der Sozialisierungsfrage und in den „Sieben Hamburger Punkten“ zur Demokratisierung der Armee. Doch durch das vorherige Abkommen zwischen Friedrich Ebert und Wilhelm Groener bzw. das Stinnes-Legien-Abkommen sei es möglich gewesen, diese Beschlüsse des Arbeiterparlaments ins Leere laufen zu lassen. Eine konsequente Umsetzung dieser Beschlüsse indes, so Weipert, hätte der Zukunft Deutschlands genutzt.

Umrahmt wurden die Wortbeiträge von szenischem Spiel der Theatergruppe „Kirschendieb und Perlentaucher“, die markante Szenen des Kongresses darstellten: Die Eröffnungsrede Richard Müllers (Vollzugsrat) und die Ansprache von Friedrich Ebert, die Abstimmung über das Rederecht für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, der Appell von Käthe Leu (USPD) für die Unterstützung der Gleichberechtigung der Frauen. Im Mittelpunkt der szenischen Darstellung aber standen die Reden von Max Cohen-Reuß (MSPD) pro Konstituante und Ernst Däumig (USPD) pro Räte Demokratie. Dieser Rahmen machte die Atmosphäre des Rätekongresses greifbarer und mithin auch die Abstimmung, die bekanntlich mit deutlicher Majorität für die sofortige Einberufung einer Nationalversammlung ausfiel.

Im Anschluss an die historischen Reminiszenzen begann unter der Leitung von Stephan-Andreas Casdorff eine Debatte über die Zukunft unserer heutigen Demokratie und mögliche Anknüpfungen aus den Debatten auf dem Reichsrätekongress. Prof. Dr. Gesine Schwan, Prof. Dr. Paul Nolte und Prof. Dr. Alex Demirovic boten eine Palette von interessanten Positionen zur Zukunftsfähigkeit oder zur Erweiterungsbedürftigkeit der demokratischen Ordnung an, wobei vor allem Alex Demirovic darauf pochte, Demokratie viel stärker als Wirtschaftsdemokratie, Wissensdemokratie und als „kosmopolitische Demokratie“ zu praktizieren und die von politischen Entscheidungen und deren Folgen Betroffenen einzubeziehen. Demokratie könne nicht überleben, wenn sie nicht um direkte Elemente ergänzt wird, stimmte Gesine Schwan grundsätzlich zu. Paul Nolte äußerte hierzu seine Vorbehalte. Auch die Notwendigkeit, den Kapitalismus mittels der Demokratie zu bändigen, führte eher Demirovic und Schwan zusammen, wohingegen sich alle drei einig darin waren, die Normen der Demokratie gegenüber jenen, die sie angriffen, entschlossen zu verteidigen.

Insgesamt zeigten alle Beiträge von Wieland bis Demirovic die Übereinstimmung in der Wertschätzung der seit 1918 errungenen politischen Demokratie, wohingegen insbesondere Schwan, Weipert und Demirovic deutliche Potenziale für ihre Fortentwicklung als soziale Demokratie und Wirtschaftsdemokratie formulierten.

Holger Czitrich-Stahl

100. Jahrestag der Ermordung Rosa Luxemburgs. Bericht von der Konferenz am 9. Januar 2019 im Bundesarchiv Berlin

Anlässlich des Gedenkens an die Ermordung Rosa Luxemburgs durch rechtsradikale Freikorpsoldaten am 15. Januar 1919 hatten die Internationale Rosa-Luxemburg-Gesellschaft und unser Förderkreis zu einer Konferenz in den Lesesaal der Bibliothek des Bundesarchivs eingeladen. Unterstützt wurde die Veranstaltung durch die SAPMO. Eigentlich sollte Prof. Dr. Annelies Laschitza referieren, doch ihr unerwarteter Tod verlieh der Konferenz auch den Charakter einer Würdigung von Leben und Werk der großen Historikerin und Biographin Rosa Luxemburgs, der etwa 55 Gäste beiwohnten. Sie erhoben sich im Anschluss an die ehrenden Worte Ottokar Lubans für unser Gründungsmitglied für eine Gedenkminute von ihren Plätzen.

Nach der Begrüßung durch Frau Dr. Walther-von Jena (Direktorin der SAPMO) übernahm Holger Czitrich-Stahl die Moderation. Er konnte als ersten Referenten Prof. Dr. Michael Brie von der Rosa-Luxemburg-Stiftung begrüßen. Sein Thema lautete „Die Bedeutung von Rosa Luxemburgs Schrift zur russischen Revolution“. Seine beeindruckende Auseinandersetzung mit diesem bedeutenden Text verband eine Analyse der Textstruktur und der Wortwahl sowie der Bedeutung der „Freiheit der Andersdenkenden“ miteinander. So erläuterte Brie sowohl Rosa Luxemburgs Demokratieverständnis als auch ihren Sozialismusbegriff näher.³ Die sich danach entwickelnde Diskussion nahm seine Anregungen mit großem Interesse auf. Auf Michael Brie folgte Dr. Eckhard Müller, der langjährige Mitstreiter Annelies Laschitzas, der über „Einige neue Ergebnisse zur Rosa-Luxemburg-Forschung“ sprach und dabei insbesondere auf die Bände 6 und 7 der Werkausgabe sowie auf einige begleitende Publikationen einging.⁴ Dabei sprach er sowohl die Werkgeschichte als auch die unterschiedlichen Quellen an, die in beiden Bänden verarbeitet wurden. Er verwies auf die Arbeitsweise Rosa Luxemburgs, die sich aus ihren Exzerpten und Kommentaren erschließe.

Zum Schluss gab Archivarin Grit Ulrich vom Bundesarchiv einen Überblick über die im Archiv der SAPMO vorhandenen Archivalien Rosa

³ Michael Brie: Rosa Luxemburg neu entdecken, VSA Verlag Hamburg [Januar] 2019, vor allem S. 123–136.

⁴ Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke, Bd. 6, 1893 - 1906, Hrsg.: Annelies Laschitza / Eckhard Müller. Karl Dietz Verlag GmbH Berlin 2014, Bd. 7/1, 7/2, 1907–1918, Karl Dietz Verlag GmbH Berlin 2017.

Luxemburgs.⁵ In einigen vorbereiteten Glasvitrinen konnten sich die Gäste Handschriften, Buchausgaben und andere Originale aus dem Nachlass Rosa Luxemburgs anschauen und sich noch untereinander austauschen.

Redaktionsbericht

Information

Aus dem ITH-Newsletter
55. Jg., Nr. 1 (Dezember 2018)

Personalialia

Susan Zimmermann wurde von der Generalversammlung als ITH-Präsidentin und **Marcel van der Linden** und **David Mayer** wurden als ITH-Vizepräsidenten wiedergewählt.

Des Weiteren bestätigte die Generalversammlung **Lukas Neissl** als ITH-Generalsekretär und **Korbinian Schleicher** als ITH-Kassierer in ihren Funktionen. Darüber hinaus wurden auch alle anderen Mitglieder des ITH-Vorstandes und der ITH-Kontrolle wiedergewählt.

Stefano Agnoletto wurde als Vertreter des ITH-Mitgliedsinstitutes Fondazione ISEC (Sesto San Giovanni/Milano) in den Internationalen Wissenschaftlichen Beirat der ITH kooptiert.

Alle Wahlen erfolgten einstimmig.

➤ Vorstand und Internationaler Wissenschaftlicher Beirat der ITH:

<http://www.ith.or.at/ith/vorstand.htm>

⁵ Siehe auch: <https://weimar.bundesarchiv.de/WEIMAR/DE/Content/Virtuelle-Ausstellungen/nachlass-rosa-luxemburg.html>

Vorträge

6. Dezember 2018

Arthur Stadthagen (1857–1917): Anwalt der Armen und Wegweiser des Arbeitsrechts¹

Dr. Holger Czitrich-Stahl

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Gäste!

Ich habe heute die Ehre, Ihnen unseren vormaligen Reichstagsabgeordneten der SPD bzw. USPD für den Kreis Niederbarnim im deutschen Kaiserreich, den Berliner Juristen, Sozialisten und Abkömmling einer jüdischen Berliner Familie, Arthur Stadthagen näher bringen zu dürfen, der geschlagene 27 Jahre lang als Reichstagsabgeordneter wirkte. In dieser Zeit galt er als erster Rechtsexperte der Sozialdemokratie, als Sozialpolitiker, als scharfzüngiger Redner, als Jurist wider die Krone, aber auch als Anwalt der Armen und als Rechtslehrer der deutschen Arbeiterbewegung. Zugleich wählten ihn die Berliner „kleinen Leute“ immer wieder zum Stadtverordneten der Sozialdemokratie.

Arthur Stadthagen wurde am 23. Mai 1857 als dritter Sohn des Ehepaars Dr. David Stadthagen und dessen Frau Bertha, geb. Rieß, in Berlin geboren. Sein Geburtshaus stand in der Leipziger Straße. Ostern 1876 legte Arthur seine Abiturprüfung ab. Arthur studierte von 1876–79 Rechtswissenschaften an der Berliner Friedrich-Wilhelm-Universität. Seit seiner Anstellung als Assessor am Landgericht II in Berlin dürfte er früh in Kontakt mit Menschen aus der Arbeiterschaft und aus anderen unterprivilegierten Schichten gekommen sein, denn schon bald erwarb er sich den Ruf eines „Anwalts der Armen“ und als Verteidiger in politischen Prozessen. Es war deshalb absehbar, dass die Justizverwaltung und seine konservativ gesonnenen Standesgenossen ein waches und argwöhnisches Auge auf den jungen Rechtsanwalt werfen würden. Und so verwundert es nicht, dass die polizeiliche Überwachung Stadthagens ausgerechnet durch den Landgerichtspräsidenten von Angern am 23. April 1887 in einer handschriftlichen Aktennotiz angefordert wurde.

¹ 4. Vortrag des Jahres 2018 der gemeinsamen Vortragsreihe des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung, der Johannes-Sassenbach-Gesellschaft und der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Kurzfassung.

Prompt sah sich der so beargwöhnte Rechtsanwalt Stadthagen einem Strafprozess gegenüber, in dem er am 27. Mai 1887, also kurz nach seinem 30. Geburtstag, zu einer Geldstrafe von 1000 Mark wegen „formeller Beleidigung“ bzw. ersatzweise für jede 15 Mark einen Tag Gefängnishaft verurteilt wurde. Doch was war geschehen, um den jungen Juristen so sehr ins Visier genommen zu sehen? Der Rückblick fällt auf jenen juristischen Fall, der Stadthagens Leben für immer prägen und seine zukünftige Rolle als Rechtsberater der Arbeiter und der kleinen Leute formen sollte: Der Prozess gegen den „Verein zur Vertretung der Interessen der Arbeiterinnen“ von 1886/87.

Der Prozess wurde am 9. Juni 1886 eröffnet, eine gerichtliche Vorladung erging an Marie Hoffmann, Johanna Jagert und an die später als Gewerkschaftspionierin bekannt gewordene Emma Ihrer. Die Verteidigung des Arbeiterinnenvereins übernahm Arthur Stadthagen. Eduard Bernstein, der bedeutende Theoretiker der Sozialdemokratie und eifrige Chronist der Berliner Arbeiterbewegung schrieb dazu, dass „als einer der Verteidiger in diesen Prozessen (...)...der jugendliche Rechtsanwalt Arthur Stadthagen auf(tritt), im Kreise der sozialdemokratischen Parteimitglieder schon einige Jahre als Gesinnungsgenosse bekannt.“ Der Prozess endete noch 1886 mit der endgültigen Schließung des Arbeiterinnenvereins und der Verhängung von Geldstrafen gegen die angeklagten Funktionärinnen Hoffmann, Staegemann, Jagert und Ihrer von 60 bis 100 Mark, die Stadthagen wahrscheinlich aus eigener Börse übernahm.

Die Eröffnung des ehrengerichtlichen Verfahrens im Sommer 1887 und die immer stärker zu spürenden Repressionen gegen den jungen Anwalt der Arbeiterbewegung mögen Arthur Stadthagen letztlich 1889 bewogen haben, seine in der Perspektive gefährdet erscheinende Berufsausübung durch die Übernahme politischer Mandate abzusichern, denn schon Anfang Mai registrierte die Politische Polizei: „RA Stadthagen befürwortet jetzt öffentlich die Forderungen der Sozialdemokratie“.

Konservative Presse und preußische Obrigkeit waren alarmiert: Schon am 31. Mai 1889 ließ der Niederbarnimer Landrat Georg Scharnweber die Vermutung mitteilen, dass Stadthagen als sozialdemokratischer Kandidat des Kreises Niederbarnim für die Reichstagswahl 1890 aufgestellt worden sein soll.

Noch 1890, nach seiner Wahl in den Reichstag, ergingen erneute Anklageschriften gegen ihn mit dem Vorwurf der Verletzung der Berufs-

pflichten und der Beleidigung von Richtern. Der Prozess wurde am 17. November 1892 mit seinem Ausschluss aus der Anwaltschaft abgeschlossen.

Man muss annehmen, dass ihm durch dieses Berufsverbot der Boden für seine juristisch ausgerichtete Arbeiteraufklärung entzogen werden sollte. Möglicherweise reifte schnell in ihm der Entschluss, diese unterbrochene Berater- und Verteidigertätigkeit nun publizistisch fortzuführen. Jedenfalls erschien im Herbst 1895 die erste Auflage seines Rechtsratgebers „Das Arbeiterrecht“. Es entstand in einer Phase, die durch mehrere Haftzeiten zwischen Ende 1893 und Mitte 1895, in denen er kaum dem Reichstag bzw. der SVV beiwohnen konnte, gekennzeichnet war. Zur Bedeutung dieser Publikation Stadthagens schrieb Wilhelm Dittmann, sein späterer Genosse aus der Reichstagsfraktion und der USPD: „Zu jener Zeit herrschte in Unternehmerkreisen über die neue sozialpolitische Gesetzgebung – über Alters- und Invalidengesetzgebung, über Sonntagsruhe, Gewerbegerichte, Innungsgesetzgebung usw. – nicht nur große Unzufriedenheit, sondern auch große Unklarheit, während dank der Partei- und Gewerkschaftspresse man in führenden Arbeiterkreisen darüber sehr gut Bescheid wusste. Mein Arbeitgeber gestand mir..., daß er sich über alle diese Dinge erst klar geworden sei durch das Studium des *Arbeiterrechts* von Arthur Stadthagen, ein Werk des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten für Niederbarnim, das alle sozialpolitischen Bestimmungen durch drastische Beispiele aus der Praxis erläuterte und dabei bereits durch die Namen der Personen deren Einstellung verriet, eine überaus eindringliche Methode allgemeinverständlicher Darstellung. In der Tat war das *Arbeiterrecht* damals so etwas wie eine Bibel der Sozialpolitik und hat viel zu ihrer Popularisierung beigetragen.“

„Das Arbeiterrecht“ ist in drei Teile gegliedert: 1. Das gewerbliche Arbeitsverhältnis, 2. Das Verfahren für Streitigkeiten aus dem gewerblichen Arbeitsverhältnis, 3. Beispiele und Formulare für Anträge, Klagen, Beschwerden, Berufungen. Mithin handelt es sich beim „Arbeiterrecht“ sowohl um eine Gesetzessammlung, ein Lehrbuch als auch um einen Ratgeber in konkreten Fällen. Der Rechtssuchende konnte sich im Stichwortregister den ihn betreffenden Rechtsgegenstand heraussuchen und erhielt dann praxisorientierte Hinweise. Viele Beispiele waren so abgefasst, dass praktisch nur noch der Name und das Datum einzusetzen waren, was den Arbeitern eine

wirklich große Hilfe bot. So konnte der geschasste Anwalt der Armen noch mehr Menschen Hilfen geben, als es der praktizierende Rechtsanwalt vielleicht jemals vermocht hätte. Vielfach brachte Stadthagen die sozialistische Grundhaltung in Fußnoten oder Kommentaren zum Ausdruck, so dass die konkreten Rechtshilfen eingebettet waren in eine systemüberwindende Konzeption. „Das Arbeiterrecht“ erlebte bis 1904 vier Auflagen.

1900 veröffentlichte Stadthagen seinen zweiten großen Rechtsratgeber „Führer durch das Bürgerliche Gesetzbuch“, den er anlässlich der Einführung dieses juristischen Jahrhundertwerkes ebenfalls adressatengerecht für die „kleinen Leute“ verfasste. Dieses Hineintragen der Möglichkeiten des geltenden Rechts in die Arbeiterschaft und auch in die Landbevölkerung stellen sicherlich das publizistische Hauptverdienst Stadthagens dar. Mit dieser adressaten- und fallspezifischen Aufbereitung des bürgerlichen Rechts wie des Arbeits- und Sozialrechts wurde Stadthagen endgültig zum Wegbereiter und Wegweiser des deutschen Arbeits- und Sozialrechts. Seine Mitarbeit am Bürgerlichen Gesetzbuch, in Parlamentsausschüssen zur Gewerbeordnung oder den Arbeiterschutzgesetzen bzw. den Sozialversicherungen, aber auch sein publizistisches Wirken war stets vom Bemühen gekennzeichnet, allgemeinverständlich gerade die Unterprivilegierten über ihre Rechte aufzuklären, es ihnen mit Hilfe praktischer Anleitungen zu ermöglichen, sie in Anspruch zu nehmen und sich auf sie zu berufen, und Arbeitervertreter in Gewerbegerichten oder in den Gewerkschaften mit der notwendigen Rechtskenntnis auszustatten, die für Interessenvertreter der arbeitenden Bevölkerung unabdingbar waren. Insofern gehört Arthur Stadthagen zu den Pionieren des Arbeits- und Sozialrechts in Deutschland. Er entwickelte zwar keine geschlossene Rechtskonzeption, aber durch seine akribische Zusammenstellung der für die "kleinen Leute" geltenden Rechte und durch ihre anwendungsorientierte Popularisierung, durch seine Kommentierungen im gleichen Sinne und durch ihre politische Deutung im Rahmen der marxistischen Grundpositionen der Sozialdemokratie wirkte er als ein Wegbereiter des modernen Arbeitsrechts, so wie es sich seit dem Kaiserreich entwickelte.

Für die Mitarbeit Stadthagens und Karl Frohmes an der Schlussformulierung des BGB in der „Zweiten Kommission“ 1896 dürften, wie auch für alle zentralen Bereiche des Politischen, die inhaltlichen Positionsbe-

stimmungen des „Erfurter Programms“ der SPD von 1891 maßgebend gewesen sein. Ins Zentrum ihrer kritischen Mitarbeit rückte die SPD die Rechtsbestimmungen zum „Dienstvertrag“. Alle Arbeitergruppen sollten mit gleichem Recht ausgestattet werden, die landesrechtlichen Ausnahmebestimmungen für die Landarbeiter, das „Gesinde“ gehörten abgeschafft, so Stadthagen am 6. Februar 1896 vor dem Reichstag. Außerdem forderte er die Bezeichnung „Arbeitsvertrag“ statt „Dienstvertrag“, weil die bürgerliche Gesellschaft die Arbeiter rechtlich frei gemacht habe. Doch damit scheiterten Frohme und Stadthagen genau so an den Mehrheiten wie in ihrem Bemühen um die Gleichstellung der Frau im BGB.

Stadthagen verfasste parallel zum Inkrafttreten des BGB am 1. Januar 1900 seine zweite Hauptschrift „Führer durch das Bürgerliche Gesetzbuch“, das ebenso wie das „Arbeiterrecht“ den „kleinen Leuten“ dazu dienen sollte, sich durch die Welt des Rechts und der Rechtsprechung zu bewegen. Auch dieser Ratgeber erreichte vier Auflagen. Nicht zuletzt wirkte Arthur Stadthagen als Rechtslehrer an der Arbeiterbildungsschule in Berlin und von 1906 bis 1914 an der Parteischule der SPD. Auch an ihr lehrte er „Arbeiterrecht, soziale Gesetzgebung, Gesinderecht und Verfassung“. Einigen Genossinnen und Genossen, so zum Beispiel Rosa Luxemburg, diente er als Rechtsberater. Als Redakteur des „Vorwärts“ betreute er die Rubrik „Aus dem Gerichtssaal“ und führte „juristische Sprechstunden“ durch. Als nach der Novemberrevolution nach fortschrittlichen Prinzipien die Entwicklung eines modernen Arbeits- und Sozialrechts und einer demokratisierten Justiz auf der Tagesordnung stand, konnten andere Rechts- und Sozialpolitiker auch auf Stadthagens Vorarbeiten aufbauen.

Aus dem Vereinsleben

Geschäftsbericht für das Vereinsjahr 2018

Auch im Geschäftsjahr 2018 konnte der Förderkreis auf eine erfolgreiche Tätigkeit zurückschauen. Die „Mitteilungen“ haben sich mit der neuen Redaktion auf einem hohen Qualitätsstandard behauptet. Veranstaltungen und Kooperationen des Förderkreises sowie seiner Mitglieder bezeugen eine positive Vernetzung unserer Arbeit mit anderen wissenschaftlichen Institutionen und Organisationen. Der Bekanntheitsgrad des Förderkreises hat sich weiter erhöht. Dazu trugen nicht zuletzt die zahlreichen und positiven Rezensionen zu unseren Publikationen bei.

1. Öffentlichkeitsarbeit

1.1 Mitteilungen des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung (MFK)

Im Frühling und Herbst erschienen die Hefte 53 und 54 der „Mitteilungen“. Unsere Zeitschrift leistete im letzten Jahr einen wichtigen Beitrag zu den geschichtspolitischen Debatten anlässlich des 100. Jahrestages der Novemberrevolution. Dieses Ereignis bildete in Heft 54 den thematischen Schwerpunkt bei den Konferenzberichten, Rezensionen und Dokumenten.

Die Hefte warteten wieder mit einem quellenspezifischen Leseangebot auf: besonderen Zeitdokumenten, wie zum Beispiel dem Quellenfundbericht zu Arthur Crispian (Holger Czitrich-Stahl) und den Dokumentenfunden von Josip Broz Tito (Erwin Lewin) und Sergej I. Tjulpanow (Inge und Michael Pardon). Fortgesetzt wurde das Vorstellen von Archiven und Einrichtungen, die sich mit der Geschichte der Arbeiterbewegung beschäftigen. Hier besonders die informativen Beiträge zum Archiv der Arbeiterjugendbewegung, zum Archiv der deutschen Frauenbewegung und zum Finnischen Arbeiterarchiv.

Bereichert wurden die MFK durch Beiträge neu gewonnener Autoren. Volker Heiermann stellte den „Minister der Revolution“ Adolph Hoffmann vor, Rüdiger Hachtmann thematisierte das Geschehen auf dem Friedhof der Märzgefallenen.

Der überaus dokumentenreiche Vortrag von Eckhard Müller über Rosa Luxemburg im Spiegel von Berichten der politischen Polizei im Wilhelminischen Kaiserreich wurde im Heft 53 abgedruckt.

Interviews mit Peter Brandt und Reinhard Wenzel (August Bebel Institut) eröffneten eine lesenswerte neue Rubrik (Holger Czitrich-Stahl, Rainer Holze).

1.2. „...alle Macht den Räten!“ Die deutsche Revolution 1918/1919 und ihre Räte. Konferenzband zum Öffentlichen Symposium „Die Novemberrevolution und ihre Räte 1918/1919“ am 9. Mai 2018 in Berlin-Marzahn. Hrsg. von Reiner Zilkenat, edition bodoni, Neuruppin 2019, 318 Seiten.

Im Dezember 2018 veröffentliche die edition bodoni als Band 3 in der von unseren Vereinsmitgliedern Marga Voigt und Reiner Zilkenat herausgegebenen Reihe „Zwischen Revolution und Kapitulation – Forum Perspektiven der Geschichte“ die am 9. Mai 2018 auf dem Symposium in Berlin-Marzahn gehaltenen Vorträge, ergänzt um einige nachgereichte Beiträge. Im Mittelpunkt des Symposiums stand die Bedeutung der Räte in der Revolution von 1918/19 als einer neuen Form der Teilhabe vieler Menschen an den politischen Angelegenheiten.

1.3. Supplement „Bewahren – Verbreiten – Aufklären“

Nach der sich lange hinziehenden Drucklegung wurde dieses Supplement endlich im Dezember 2017 veröffentlicht und konnte im Geschäftsjahr 2018 ein positives Rezensionsecho vorweisen. Zu nennen wären die Rezensionen in „Arbeit – Bewegung – Geschichte. Zeitschrift für historische Studien“, in „Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung“, im kulturwissenschaftlich-politischen Internet-Fachmagazin „Globkult“, in der Tageszeitung „Junge Welt“ sowie in unseren „Mitteilungen“. Zuletzt erschien die Besprechung beider Bände (2009/2017) von Eckhard Müller im ITH-Rundbrief vom April 2018.

1.4. „1945 – Eine ‚Stunde Null‘ in den Köpfen?“

Dieser bereits 2016 erschienene Band fand weiteren Eingang in die Publikationen und Datenbanken der wissenschaftlichen Gemeinschaft. Die ITH veröffentlichte in ihrem o.g. Rundbrief eine Rezension von Holger Czitrich-Stahl. Damit wurde die 17. von uns registrierte Besprechung des Buches in einem international kommunizierenden Mitgliederorgan publiziert. Bibliographische Hinweise auf unsere Publikation finden sich mittlerweile in mehreren Bibliotheken bis hin zur renommierten Stanford-University in Kalifornien mit Dependence in Berlin. Sie dokumentiert sogar das komplette Inhaltsverzeichnis.

1.5 Vorträge

Auch 2018 führten wir die Tradition fort, besonders jüngeren Wissenschaftlern die Möglichkeit zu geben, im Rahmen der gemeinsamen Vortragsreihe der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, der Johannes-Sassenbach-Gesellschaft e.V. und

unseres Förderkreises ihre Forschungsergebnisse vorzustellen bzw. ein Forum zu bieten, um interessante wissenschaftliche Erkenntnisse zu präsentieren. So referierte am 22. März Christian Booß zum Thema „Diener zweier Herren. Anwälte in der DDR zwischen Mandat und Staat“ und befasste sich mit strukturellen Fragen des Verhältnisses von Rechtspflege und sozialistischer Gesetzlichkeit. Am 6. Dezember sprach Holger Czitrich-Stahl über „Arthur Stadthagen – Anwalt der Armen und Wegweiser des Arbeitsrechts“ und bezog sich auf seine biographischen Forschungen und Publikationen über den Sozialisten und Juristen Stadthagen, über den er 2018 letztmalig als „Jüdische Miniatur“ bei Hentrich und Hentrich publizierte. Stets waren ca. 30-45 Gäste zu begrüßen.

Leider erfuhren wir im November 2018 von der Nutzungskündigung des Lesesaals der Bibliothek im Bundesarchiv durch die Bundesanstalt für Immobilienangelegenheiten (BIMA). So waren wir gezwungen, einen anderen Veranstaltungsort zu finden. Es gelang uns noch im Dezember 2018, mit dem August-Bebel-Institut einen neuen Kooperationspartner zu gewinnen, wobei uns Peter Brandt unterstützte. Wir werden die Veranstaltungsreihe in diesem Jahr aus eigenen Kräften fortsetzen können.

1.6. Webseite

Sylvia Gräfe hat in bewährter Weise unsere Webseite betreut und gepflegt. Die notwendigen Aktualisierungen wurden zeitnah vorgenommen. Erweitert wurde der Auftritt um interessante Textbeiträge außerhalb der Mitteilungen und Veranstaltungen. Zu nennen sind hier der Aufsatz von Rüdiger Hachtmann „... vor den Thronen haltgemacht – die Revolution von 1848“, der Symposiumsbericht von Rainer Holze „Die Revolution und ihre Räte“ und als neuester Beitrag „Heidi Beutin; Wolfgang Beutin: Fanfaren einer neuen Freiheit; Deutsche Intellektuelle und die Novemberrevolution“ von Hartmut Henicke.

2. Zusammenarbeit mit der SAPMO (BArch) und Interessenvertretung der Mitglieder

Die bewährte Zusammenarbeit mit der Stiftung erfolgte besonders über die Gestaltung der gemeinsamen Vortragsreihe. Wie immer hatten die Direktorin der Stiftung, Frau Walther-von Jena, und Frau Fischer einen großen Anteil am Gelingen der Veranstaltungen. Zum Fortgang der Vortragsreihe siehe 1.5.

3. Beziehungen zu anderen Vereinigungen

3.1. Berlin-Brandenburgisches Bildungswerk

Fortgesetzt wurde die Kooperation mit dem Zeitgeschichtlichen Archiv e. V. (ZGA) und dem Berlin-Brandenburger Bildungswerk e. V. (BBB). Gemeinsam

mit ihnen organisierte der Förderkreis am 9. Mai 2018 im KulturGut Berlin-Marzahn ein öffentliches Symposium zum Thema „Die Novemberrevolution und ihre Räte 1918/1919“. Anwesend waren etwa 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle hielt ein Grußwort. Zu den Referentinnen und Referenten bzw. zu den Kollegen, die ihre Beiträge für den Protokollband nachreichten, gehörten unsere Vereinsmitglieder Günter Benser, Peter Brandt, Holger Czitrich-Stahl, Rainer Holze, Ottokar Luban, Eckhard Müller, Axel Weipert, Jörg Wollenberg und Reiner Zilkenat. In der lebhaften Diskussion gab es ca. 15 Wortmeldungen. Ein Beitrag von Rainer Holze auf unserer Homepage referiert einige der Anliegen und kritischen Bemerkungen, die von den Diskutanten vorgetragen wurden.

Behandelt wurden unter anderem die Rolle von Frauen in den Räten, die Bedeutung von Räten in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen, ihre Relevanz während der „zweiten Revolution“ 1919/1920, regional- und lokalgeschichtliche Aspekte der Thematik, Rosa Luxemburgs Haltung zu den Räten, aber auch Fragen zur Historiographie der Revolution und ihrer Räte.

Der Protokollband zu dieser Tagung erschien im Dezember 2018 (siehe unter Punkt 1.2.). Insgesamt handelte es sich bei dem Symposium bereits um die zweite Konferenz, die gemeinsam vom Förderkreis mit dem ZGA und dem BBB durchgeführt worden ist.

Bereits seit dem Frühjahr 2018 veröffentlichte das Berlin-Brandenburger Bildungswerk e. V. mit der Unterstützung mehrerer Mitglieder des Förderkreises sukzessive auf der eigens eingerichteten Internet-Seite „Novemberrevolution 1918“ eine Chronik, Fotos und eine Anzahl von Beiträgen zur Geschichte der Revolution von 1918/19.

Ende 2018 begannen in Zusammenarbeit mit dem ZGA und dem BBB die Vorbereitungen einer Tagung, die im November 2019 zur „doppelten Staatsgründung“ in Deutschland im Jahre 1949 stattfinden wird. Auch hier ist die Publikation der Beiträge in einem Protokollband geplant, der von der edition bodoni herausgegeben werden soll.

3.2. ITH

Im Berichtsjahr 2018 nahmen mehrere Vereinsmitglieder an der 54. ITH-Konferenz in Linz statt: Dietmar Lange, Ralf Hoffrogge und Holger Czitrich-Stahl, der auch den Bericht für Heft 55 der „Mitteilungen“ verfasste. Ein Novum: Alle drei Mitglieder traten in Linz auch als Referenten auf. Konferenzberichte erschienen außer in den „Mitteilungen“ noch im ITH-Rundbrief vom Dezember 2018 (Dietmar Lange). Das Thema der 54. Konferenz vom 6.–8.9.18 lautete „Selbstorganisation und Demokratie am Arbeitsplatz: Partizipation, ArbeiterInnenkontrolle und Selbstverwaltung in globaler Perspektive“ Die 55. Konferenz vom 5.–7.9.2019 wird sich mit

„Arbeiten auf dem Land. AkteurInnen, Gesellschaften und Umwelten“ beschäftigen. Auch für diese Konferenz hat unser Förderkreis ein Vortragsabstract eingereicht.

3.3 IALHI

Der Bericht über die 48. Tagung wird im Heft 55 der „Mitteilungen“ erscheinen.

3.4 Andere Vereinigungen und Publikationen

Die Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung wurde bei einem weiteren Buchobjekt mit Erfolg fortgesetzt. Unsere Mitglieder Marga Voigt, Jörg Wollenberg, Peter Brandt, Ottokar Luban und Holger Czitrich-Stahl trugen durch ihre Beiträge zum Gelingen der Veröffentlichung von Uli Schöler/Thilo Scholle (Hrsg.): „Weltkrieg-Spaltung-Revolution. Sozialdemokratie 1916–1922“ bei.

Unsere Arbeitskontakte zur „Hellen Panke e.V.“ bewährten sich in Sachen Druck unserer „Mitteilungen“: Weitere gute Arbeitskontakte bestehen zum „Förderverein Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung“, zum „Zeitgeschichtlichen Archiv“ in Berlin-Marzahn, mit dem das Symposium zur Novemberrevolution getragen wurde, zur „Johannes-Sassenbach-Gesellschaft“, zur „Rosa-Luxemburg-Stiftung“ im Bund und in Sachsen, zur „Internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft“, seit 2018 auch zum „Koordinationskreis Unvollendete Revolution 1918“, zur Initiative „Geschichtsort Dragonerareal“ in Berlin-Kreuzberg, zu den „Kulturprojekten Berlin“ und zum August-Bebel-Institut. Wir haben also unsere Arbeitskontakte ausbauen können. Dies schlägt sich auch in der Zusammenarbeit mit Publikationsorganen nieder. Beiträge zu unserer Arbeit oder von unseren Mitgliedern finden sich insbesondere in der „Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung“, in der „Jungen Welt“, im „neuen deutschland“, im „ITH-Rundbrief“, in „Globkult“ und im „Archiv für Sozialgeschichte“ sowie in „links!“ Gute Kontakte bestehen zur „Berliner Stimme“, zu den „Marxistischen Blättern“, zur „Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft“ (spw), aber auch mehr und mehr zu archivwissenschaftlichen Fachorganen. Personell gute Kontakte bestehen zur „Hugo-Preuss-Stiftung“ und zur „Paul-Löbe-Stiftung“ in Berlin. Auch in deren Publikationen sind Vereinsmitglieder vertreten, so z.B. Peter Brandt, Axel Weipert und Holger Czitrich-Stahl.

4. Vereinsangelegenheiten

Am 10. Dezember 2018 verstarb unerwartet unser aktives und international äußerst renommiertes Mitglied Prof. Dr. Annelies Laschitzka im 85. Lebensjahr. Eine gemeinsame Traueranzeige des Förderkreises, der

Internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft und der ehemaligen Kollegen des Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung im „neuen deutschland“ erinnerte an unsere großartige Kollegin, die von vielen wissenschaftlichen Kolleginnen und Kollegen und in vielen Organen in ihrer Lebensleistung gewürdigt wurde. Die für den 9. Januar 2019 geplante gemeinsame Veranstaltung mit der Internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft wurde auch dem Andenken an unser Gründungsmitglied Annelies Laschitzka gewidmet.

Am 12. Mai 2018 verstarb unser langjähriges aktives Mitglied Dr. Jochen Cerny (1934–2018). Ein Nachruf wurde von der Historischen Kommission der LINKEN im Internet veröffentlicht.

Die Vorstandssitzungen wurden am 22.3., 21.6., 20.9., 11.10. und 6.12. durchgeführt, in der Regel in unserem Vereinszimmer. Wie in den vergangenen Jahren, so wurde auch im Berichtszeitraum auf den Sitzungen den „Mitteilungen“ und den anderen Vorhaben und Publikationen des Förderkreises große Aufmerksamkeit gewidmet.

Außerdem befasste sich der Vorstand gemäß dem Beschluss der Jahresversammlung 2018 mit einer neuen Beitragsordnung, die unseren Mitgliedern mehrere Optionen für die Zahlung ihres Jahresbeitrags eröffnet. Sie wurde dem Heft 54 der „Mitteilungen“ als Extrablatt beigelegt. Wir hoffen auf eine positive Reaktion und eine Erhöhung unseres Beitragsvolumens.

Da auch unser Verein entsprechend gesetzlicher Bestimmungen verpflichtet ist, seine Mitglieder darüber zu informieren, welche persönlichen Daten wir erheben und speichern, hat der Vorstand Ende 2018 eine Datenschutzerklärung ausgearbeitet. Sie wurde im Heft 55 abgedruckt. Wir bitten alle Mitglieder, diese zur Kenntnis zu nehmen. Wer sich nicht einverstanden erklären kann, hat die Möglichkeit, beim Vorstand schriftlich Widerspruch einzulegen. Neue Mitglieder werden aufgefordert, die Datenschutzerklärung mit ihrem Beitragsformular zu unterzeichnen

Dagmar Goldbeck verantwortete wie bisher den Vertrieb der „Mitteilungen“, Sylvia Gräfe informierte über unsere Webseite, Elisabeth Ittershagen legte die Finanz- und Mitgliederentwicklung dar. Rainer Holze unterstützte die Redaktion bei der Gewinnung von Autoren und Rezensenten für die „Mitteilungen“.

Da im September unser Vorsitzender Reiner Zilkenat aus gesundheitlichen Gründen sein Amt niederlegte, wählte der erweiterte Vorstand am 11. Oktober 2018 Holger Czitrich-Stahl zum kommissarischen Vorsitzenden.

Der Vorstand bedankt sich bei allen Mitgliedern des Vereins, die zum Erfolg unserer Arbeit beigetragen haben.

Datenschutzerklärung

1. Diese Datenschutzerklärung beinhaltet die „Informationspflicht bei Erhebung von personenbezogenen Daten bei der betreffenden Person“ gemäß Art. 13 Datenschutzverordnung (DSGVO).
2. Der Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung e.V., Finckensteinallee 63, D-12205 Berlin, verarbeitet personenbezogene Daten von Mitgliedern des Vereins sowie Beziehern der Veröffentlichungen des Vereins.
3. Mit dem Beitritt eines Mitglieds nimmt der Verein folgende persönlichen Daten auf:
 - Vor- und Nachname, akademischer Grad
 - Anschrift (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)
 - Telefon- und Faxnummer, Mail-Adresse
 - Bankverbindung (vereinzelt, zur Erstattung der für den Verein getätigten Auslagen)
4. *Diese Informationen werden durch geeignete technische und organisatorische Maßnahmen vor der Kenntnisnahme Dritter geschützt. Vorstandsmitglieder des Vereins und von ihm beauftragte Personen sind im Rahmen geltender Beschlüsse des Vorstandes befugt, personenbezogene Daten des Mitglieds ausschließlich und allein für Vereinszwecke auf privaten passwortgeschützten PCs zu speichern. Über die Einnahmen und Ausgaben wird ein Kassenbuch geführt. Das Mitglied stimmt dieser Art und Weise der Verarbeitung durch seine Mitgliedschaft im Verein zu. Die Zustimmung kann jederzeit durch schriftlichen Widerruf an den Vorstand außer Kraft gesetzt werden.*
5. Die Daten werden vorrangig zur Übermittlung der Publikationen des Förderkreises verwendet sowie zum Verschicken der Einladungen zu Veranstaltungen des Vereins.
6. *Informationen über Nichtmitglieder werden von dem Verein grundsätzlich intern nur gespeichert, wenn sie zur Förderung des Vereinszweckes nützlich oder für den Vertrieb der Publikationen des Vereins nötig sind und keine Anhaltspunkte bestehen, dass die betroffene Person ein schutzwürdiges Interesse hat, das der Speicherung entgegensteht.*
7. Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit über Vereinsaktivitäten werden personenbezogene Daten in Aushängen, in der Vereinszeitschrift „Mitteilungen des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung“ und auf der Homepage des Vereins (www.fabgab.de) veröffentlicht und u.U. an die Presse weitergegeben. Hierzu zählen insbesondere die Daten, die aus allgemein zugänglichen Quellen stammen. Die Veröffentlichung von Kontaktdaten erfolgt grundsätzlich nur mit dem persönlichen Einverständnis. Die Publikation von Fotos, die außerhalb öffentlicher Veranstaltungen gemacht werden, bedarf der Einwilligung der abgebildeten Personen.

Personalien

Nachruf auf Prof. Dr. Annelies Laschitza

(6. Februar 1934 – 10. Dezember 1918)

Annelies Laschitza bereitete sich vor, im Kreise ihrer Familie und ihrer Kollegen ihren 85. Geburtstag zu begehen. Sie wollte am 9. Januar des kommenden Jahres eine Gedenkveranstaltung anlässlich des 100. Todestages von Rosa Luxemburg mit gestalten – dazu wird es nun nicht mehr kommen. Wie erst diese Woche bekannt wurde, starb die Historikerin bereits am 10. Dezember.

Sie hinterlässt nicht zu schließende Lücken: Sowohl in der Forschung und Edition zu Leben und Werk Rosa Luxemburgs als auch zur Geschichte der deutschen Sozialdemokratie des 19. und beginnenden 20. Jahrhundert hat Laschitza Herausragendes geleistet. Es war ihr glücklicherweise vergönnt, mit dem Erscheinen der Bände sechs und sieben der Rosa-Luxemburg-Werkausgabe (1993/2017) noch den Abschluss der Herausgabe aller deutschsprachigen Texte dieser weltweit verehrten Revolutionärin zu erleben – eine Aufgabe, der sie sich an der Spitze eines Kollektivs ein halbes Jahrhundert lang gewidmet hat. Um diese große, gegen so manche Widerstände vollbrachte Edition rankt sich eine Fülle begleitender Publikationen – besonders hervorzuheben ihre viel beachtete Rosa-Luxemburg-Biografie („Im Lebensrausch, trotz alledem“, 1996), die biografischen Publikationen über Rosa Luxemburgs Kampfgefährten (u.a. „Die Liebknichts. Karl und Sophie. Politik und Familie“, 2007) sowie die in dem von ihr geleiteten Arbeitskollektiv herausgegebene Edition von Reden und Schriften Karl Liebknichts. Es genügte ihr nicht, Manuskripte bei den Verlagen abzuliefern, sie war unentwegt aktiv, um ihre wissenschaftliche und politische Botschaft sei es mit Lesungen und Vorträgen, sei es als Beraterin für den Rosa-Luxemburg-Film von Margarethe von Trotta (1986) unter die Leute zu bringen.

Es war kein leichter Weg, den Annelies Laschitza zurückzulegen hatte. Am 6. Februar 1934 in Leipzig geboren, hatte sie nach Besuch der Volks- und Hauptschule eine Lehre beim Rat der Stadt Leipzig angetreten. Anschließend war sie an verschiedenen Verwaltungsschulen zunächst als Studierende und bald als Lehrende tätig. Hier lernte sie auch

ihren Ehemann Horst Laschitza kennen, der sich als Historiker der anti-faschistischen Widerstandsbewegung einen Namen machte. Über eine Sonderreifeprüfung gelangte sie an die Leipziger Karl-Marx-Universität, wo sie 1954 bis 1958 Geschichte studierte. Ihre langjährige Arbeitsstätte wurde der Bereich Geschichte der Arbeiterbewegung am Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED. Hier promovierte und habilitierte sie sich. Unter ihrer Leitung wurde Band eins einer geplanten vierbändigen Geschichte der SED verfasst, dessen Rezeption leider im Strudel der „Wende“ unterging. Ihre wissenschaftliche Arbeit war stets verbunden mit ehrenamtlicher gesellschaftlicher Tätigkeit, so als Vizepräsidentin der Historikergesellschaft der DDR.

Annelies Laschitza gehörte zu jenen ostdeutschen Historikern und Historikerinnen, die während des Umbruchs Ende der achtziger, Anfang der neunziger Jahre nicht in Panik oder Untätigkeit verfielen. Sie engagierte sich intensiv für eine kritische Bestandaufnahme der DDR-Historiografie und für eine Neuprofilierung. Im Umfeld eines von ihr initiierten, unter Beteiligung internationaler Experten durchgeführten Rosa-Luxemburg-Kolloquiums gründete sich der bis heute rührige „Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung“. Ein wichtiges Wirkungsfeld wurde für sie die Internationale Rosa-Luxemburg-Gesellschaft, deren Tagungen sie mitgeprägt hat.

Es gibt wenige Frauen und Männer, die so viel Energie und hinreißenden Optimismus ausstrahlten wie Annelies. Und dies, obwohl sie ihre wissenschaftliche Arbeit als Mutter zweier Kinder zu bewältigen hatte, obwohl ihr später die Pflege ihres an Parkinson erkrankten Ehegatten oblag.

Wer Rosa Luxemburgs gedenkt, wird sich auch an Annelies Laschitza bleibend erinnern.

Günter Benser

Nachdruck des Artikels „Zum Tod der großen Rosa-Luxemburg-Forscherin Annelies Laschitza“, in: Junge Welt, 19. Dezember 2018, Nr. 295.

Für die Traueranzeige in der Tageszeitung „Neues Deutschland“ vom 29./30. Dezember 2018 bitten die Mitglieder des Förderkreises um Spenden auf das Konto:

Commerzbank, Berlin
IBAN: DE39 1208 0000 0662 8217 00
BIC: DRESDEFF120

Andere über uns

„ ... und deswegen ging die Sache schief Septemberheft der „Mitteilungen“ steht im Zeichen der November- revolution / Von *Wulf Skaun*¹

Kaum eine Revolution hat wohl in Charakteristik und historischer Platzbestimmung so viele Deutungen erfahren wie jene vor nunmehr 100 Jahren. Für den Zeitgeschichtler Peter Brandt ist die Novemberrevolution „alles drei zugleich: Endpunkt jahrzehntelanger Liberalisierungs- und Demokratisierungsbestrebungen, spontane Volkserhebung zur Beendigung des faktisch schon verlorenen Krieges und sozialdemokratisch geprägte Klassenbewegung mit antikapitalistischer Tendenz“. So zu lesen im Septemberheft (Nummer 54) der „Mitteilungen“ des Berliner Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Was Brandt in seinem Auftaktreferat auf dem gemeinsamen Symposium von Förderkreis und Zeitgeschichtlichem Archiv e.V. proklamierte (mitsamt der übrigen Wortmeldungen von Elke Reuter resümiert), darf wohl als Diskursangebot verstanden werden. Wie die einschlägigen Beiträge an anderer Stelle dieser Ausgabe auch, denn Nummer 54 des verdienstvollen Sprachrohrs linker Traditionspflege hat „Die deutsche Revolution 1918/19“, wie Sebastian Haffner sie nannte, zu ihrem thematischen Schwerpunkt erhoben. Weitere Tagungsberichte über ein Zeitgeschichtliches Symposium zur Geschichte des Dragonerareals (Holger Czitrich-Stahl) und über eine Konferenz des Vereins „Helle Panke“ (Alexander Amberger) reflektieren Erwartungen und Ergebnisse der Novemberrevolution. Volker Heiermann stellt den „Minister der Revolution“ Adolph Hoffmann vor, während Rüdiger Hachtmann das Geschehen auf dem Friedhof der Märzgefallenen thematisiert. Im Rezensionsteil werden zudem mehrere Bücher zur Novemberrevolution und der Arbeiterbewegung in den Folgejahren besprochen.

Redakteure und Autoren bieten damit einen inhaltlich beachtlichen Panoramablick auf das revolutionäre (oder doch nur revoltierende?) Großereignis, der erinnert, auch neu bewertet, vor allem aber dazu ermuntert, sich mit einzelnen Facetten des November 1918 tiefgründiger

¹ Nachdruck der Besprechung der „Mitteilungen“, Heft 54 in: Links! Politik und Kultur für Sachsen, Europa und die Welt, November 2018, S. 11.

zu beschäftigen. Zumal sich die Diversität unterschiedlicher Deutungsmuster auch hier offenbart. Wie über Rolle und Bedeutung der Arbeiter- und Soldatenräte. Trifft womöglich Friedrich Engels' „Manöverkritik“ an der Pariser Kommune mutatis mutandis auf die entschiedensten deutschen Novemberrevolutionäre zu? „In jeder Revolution geschehen unvermeidlich eine Menge Dummheiten, gerade wie zu jeder andern Zeit, und wenn man sich endlich wieder Ruhe genug gesammelt hat, um kritikfähig zu sein, so kommt man notwendig zum Schluß: Wir haben viel getan, was wir besser unterlassen hätten, und wir haben viel unterlassen, was wir besser getan hätten, und deswegen ging die Sache schief.“ Haben also die Räte die Revolution „in den Sand gesetzt“, weil sie ihre Macht freiwillig aus den Händen gaben? Pro- und Contra-Argumente finden sich auch in den oben erwähnten Beiträgen zur Thematik.

Wie gewohnt, warten auch die September-„Mitteilungen“ mit einem unikaten quellenspezifische Leseangebot auf. Auskünfte über das Archiv der Frauenbewegung in Kassel (Mirjam Sachse), über den Nachlass Wolfgang Harichs im Internationalen Institut für Sozialgeschichte (IISG) Amsterdam (Andreas Heyer), über Dokumentenfunde von Josip Broz Tito (Erwin Lewin) und Sergej I. Tjulpanow (Inge und Michael Pardon), eine Dissertation zu Metallarbeitergewerkschaftern (Johanna Wolf) sowie ein ausführliches Interview mit Vereinsmitglied Peter Brandt (Holger Czitrich-Stahl und Rainer Holze) machen Nummer 54 zu einem wiederum höchst informativen Heft. Von Peter Brandt ist übrigens auch zu erfahren, was den frischen „Unruheständler“ mit der Internetseite www.globkult.de verbindet. Und wer leidenschaftliche Verbalattacken mag, kommt bei Andreas Heyers Frustzeilen auf seine Kosten. Der Harich-Nachlassverwalter wettet, in kontrastierendem Vergleich mit erlebten paradiesischen Arbeitsbedingungen im Amsterdamer Archiv, gegen mannigfach erlittene Servicepein in Bundesarchiv und anderen deutschen Institutionen (inklusive Linkspartei). Immerhin: Wolfgang Harichs gut betreutes Erbe in der Tulpenstadt kommt auch zur Sprache.

Vertrieb über d.goldberg@web.de

Buchbesprechungen & Literaturhinweise

**Claus Kristen: Ein Leben in Mannes-
zucht. Von Kolonien und November-
revolution. Der „Städtebezwinger“
Georg Maercker, Schmetterling Ver-
lag, Stuttgart 2018, 305 Seiten, ISBN
3-89657-160-5**

Zu den prominentesten Offizieren, die 1918/19 paramilitärische Einheiten zur blutigen Niederschlagung der Revolution kommandierten, gehörte Generalmajor Georg Maercker. Der Autor der vorliegenden Arbeit hat den Lebensweg dieses Offiziers anhand der archivari- schen und publizierten Quellen detail- liert nachgezeichnet und ihn eingebettet in die politischen Entwicklungen des Kaiserreiches sowie der jungen Weima- rer Republik. Entstanden ist das über- aus plastische Porträt eines Mannes, der während der wilhelminischen Ära im Geiste der Herrschenden sozialisiert worden war. Ein elitäres, nationalisti- sches und aggressiv antisozialistisches Weltbild prägte ihn Zeit seines Lebens.

Geboren 1865 als Sohn eines Rich- ters und einer bürgerlichen Gutsbesit- zers-Tochter, erzogen auf den Kadetten- anstalten in Kulm und Lichterfelde, trat er 1885 als Leutnant in ein pommer- sches Infanterieregiment ein. Drei Jahre später begann Maercker seinen Dienst in der Kolonie Deutsch-Ostafrika. Bald erhielt er das Kommando über kleinere Einheiten, die mit großer Brutalität Auf- stände der eingeborenen Bevölkerung niederschlugen. Nach Deutschland zu-

rückgekehrt, erwarb sich Maercker eini- ge Prominenz als Autor des Buches „Unsere Schutztruppe in Ostafrika“, in dem es u. a. hieß: Die indigene Bevöl- kerung sei „ein zusammen gewürfeltes Mischvolk, das von seinen Vorfahren stets nur die schlechten Charakterei- genschaften geerbt zu haben scheint.“ Ihre Haupteigenschaften seien „eine ausgesprochene Neigung zum Nichts- tun und zum Lügen. Sonst wird man sie am besten mit einem 10jährigen Kinde vergleichen können: sorglos, stets zu Tänzen, Gelagen und Vergnügungen aufgelegt, vom Ernst des Lebens in kei- ner Weise berührt, halsstarrig, unge- stüm, oft bis zum Lächerlichen ungedul- dig, geschwätzig und nicht selten nie- derträchtig. Nach meiner Auffassung ist der verlotterte Küsten-Neger für alles unfähig, was mit geistigem Fortschritt zusammenhängt, an ihm ist Hopfen und Malz verloren.“(S.46)

Maercker reproduzierte hier die landläu- figen Auffassungen über die Eingebore- nen in den deutschen Kolonien. Dass es sich bei ihnen um zu verachtende „Men- schen 2. Klasse“ oder vielleicht gar nicht um menschliche Geschöpfe handelte, war eine im Deutschen Kaiserreich weit verbreitete Ansicht, für die Maerckers Buch neue Munition lieferte.

Die in den Kolonialkriegen praktizierte zügellose Gewalt, die Anschauung vom Feind als jemanden, der nicht nur be- siegt, sondern vernichtet werden muss- te, die für zulässig gehaltene systemati- sche Anwendung militärischer Gewalt auch gegenüber der Zivilbevölkerung, die Legitimation des Völkermordes – al- le diese Anschauungen, die in der Poli- tik und Kriegsführung des Hitlerfaschis-

mus schließlich kulminierten, waren keimhaft bereits in den Kolonialkriegen angelegt. Maerckers späteres Verhalten als Anführer konterrevolutionärer Todeschwadronen 1918/19 basierte offenbar auch auf seinen Erfahrungen als deutscher Kolonialoffizier in Afrika.

Maerckers Karriere führte über das 1897/98 in Besitz genommene und vom Reichsmarineamt verwaltete chinesische Gebiet um die Halbinsel Kiautschou sowie die für Russland und Ostasien zuständige Abteilung des Generalstabes nach Deutsch-Südwestafrika. Hier war er am brutalen Vernichtungskrieg gegen die Herrero und Nama aktiv beteiligt, die er in einem 1908 publizierten Buch über die deutsche Kriegsführung in Deutsch-Südwestafrika als „ein merkwürdiges hässliches Volk“ schilderte. Sie hätten angeblich „mit unsäglichem Hochmut und starkem Dünkel“ auf die deutschen Kolonialherren herabgesehen: „Dem musste ein Ende gemacht werden, denn das vertrug sich weder mit unserer nationalen Würde noch mit unseren wirtschaftlichen Interessen.“ (S.106)

1915 wird Maercker, der zwei Jahre zuvor zum Kommandanten der Insel Borkum ernannt worden war, zum Regimentskommandeur und kurz darauf zum Chef einer Infanterie-Brigade befördert, die an der Westfront stationiert war. Im März 1918 bekommt er, inzwischen zum Generalmajor befördert, den höchsten militärischen Orden, den „Pour le Mérite“ verliehen. Bald darauf wird Maercker Zeuge der drohenden militärischen Niederlage und der sukzessiven Auflösung des Frontheeres, das vor den

alliierten Einheiten immer weiter zurückweicht.

Schließlich wird er als Truppenkommandeur mit der beginnenden Revolution konfrontiert, deren Ursachen und Verlauf er in dem 1921 veröffentlichten Buch „Vom Kaiserheer zur Reichswehr“ schilderte. Für ihn galt, wie auch für die große Mehrheit der Herrschenden, dass die russischen Revolutionen vom Februar und Oktober 1917 „wie ein ansteckendes Fieber“ gewirkt hätten. Eine ihrer Auswirkungen seien die Streiks in der Rüstungsindustrie im Jahre 1918 gewesen, bei denen es sich um einen „Verrat“ an der Truppe gehandelt habe. Und weiter: Die an die Front kommandierten jungen Leute seien „sittlich verdorben“ und „durch die in den Fabriken betriebenen Friedensmeiereien verhetzt“ gewesen. Aber auch die Oberste Heeresleitung habe versagt und die Revolution begünstigt, indem sie die Soldatenräte innerhalb von Marine und Heer geduldet hatte. (S.156 ff.) Kurzum: Maercker glaubte, ein allgemeines Versagen der Eliten und der Bevölkerung angesichts der herannahenden und sich seit November 1918 ausbreitenden Revolution zu erkennen. Eigentlich würdigte er ausdrücklich nur das Verhalten der maßgeblichen Kräfte innerhalb der sozialdemokratischen Führung. Maercker schrieb hierzu: „Wir wissen, dass einige Führer der Sozialdemokratie bewusst deutsch fühlten und sich widersetzten.“ (S.144) Deshalb forderte Maercker in einer Anfang November 1918 angefertigten Denkschrift, zur Hebung der Kampfmoral „namhafte Führer der Sozialdemokratie“ an die sich auflösende Front zu entsenden, um den dort um

sich greifenden „Revolutionsvirus“ einzudämmen (S.145).

Als die Revolution im November 1918 immer größere Teile Deutschlands erfasst und das Ende der Monarchien bewirkt hatte, schlug Maerckers Stunde. Jetzt begann er darüber nachzudenken, welchen Beitrag er leisten könnte, um eine sozialistische Umgestaltung zu verhindern. Als Ende des Jahres 1918 der Plan reifte, Freiwilligen-Verbände aufzustellen, so genannte Freikorps, war Maercker sofort zur Stelle. Der faktische Chef der Obersten Heeresleitung, Generalleutnant Wilhelm Groener, schrieb rückblickend, dass unter den Freikorps-Führern „ohne Zweifel General Maercker, der die organisatorischen Grundlagen für die Freiwilligen-Verbände geschaffen hat, der bedeutendste Kopf war.“ (S.162) Von nun an zog das von Georg Maercker kommandierte „Freiwillige Landesjägerkorps“ (FLK) eine Blutspur durch Deutschland. Unter anderem in Berlin, Weimar, Halle, Magdeburg und Erfurt erwies sich das FLK als eine wirksame militärische Speerspitze der Konterrevolution.

Die Kapitel über den Beitrag des FLK zur blutigen Niederschlagung der Novemberrevolution sind die am besten gelungenen Abschnitte des Buches. Kurz vor seinem ersten Einsatz richtete Maercker eine Ansprache an das Korps, in der er u. a. ausführte: „Die Rosa Luxemburg ist ein Teufelsweib und Liebknecht ein Kerl, der aufs Ganze geht und der genau weiß, was er will. Rosa Luxemburg kann das Reich heute straflos zu Grunde richten, denn es gibt keine Macht, die ihr entgegentreten kann. Da wollen wir einspringen, sei es, um

die Reichsgrenzen zu beschützen, sei es, um im Inneren für Ruhe und Ordnung zu sorgen.“ (S.173) Am 15. Januar 1919 zog das FLK in Berlin ein und besetzte die Innenstadt mit den Ministerien und dem Stadtschloss. In der Folge wurde Maerckers Korps immer dann zu Hilfe gerufen, wenn eine besonders „zuverlässige“ militärische Einheit gegen die Revolutionäre eingesetzt werden musste, so zum Beispiel zum „Schutz“ der in Weimar tagenden Nationalversammlung. Im Sommer 1919 erwies sich die Richtigkeit des vom Schriftsteller Theodor Plivier geprägten Satzes: „Der Kaiser ging, die Generäle blieben.“ Das FLK wurde unter dem Kommando von Maercker als Brigade 16 in die reguläre Reichswehr überführt, der von ihm ausgeübte Terror damit von der Regierung de facto endgültig legitimiert. Wegen seiner undurchsichtigen Haltung während des Kapp-Putsches wurde er, zusammen mit anderen Offizieren, im April 1920 aus der Reichswehr ausgeschlossen. Er verstarb am Silvesterabend des Jahres 1924 in Dresden.

Claus Kristens Band bietet mehr, als dies Biografien den Lesern gemeinhin offerieren. Es gelingt ihm, die Gedankenwelt Maerckers und seine darauf basierenden konterrevolutionären Aktivitäten nachvollziehbar zu rekonstruieren. Die Darstellung leistet zugleich einen wertvollen Beitrag zu den Debatten um die Existenz und Relevanz von Kontinuitäten, die in der deutschen Geschichte vom Kaiserreich über die Weimarer Republik bis hin zum Hitlerfaschismus wirksam gewesen seien. Gerade die aktuell aufgeflammete Diskussion zur bis in die Gegenwart hineinreichenden, un-

heilvollen Rolle des kolonialen Erbes (Rückgabe damals geraubter afrikanischer Kunstwerke; Umbenennung von Straßennamen im „afrikanischen Viertel“ in Berlin-Wedding; verstärkte Aufarbeitung der deutschen Kolonialgeschichte gemeinsam mit Historikern aus Afrika) dokumentiert die Bedeutung dieser Fragestellung auch für die heutige Zeit.

Dass in Kristens Darstellung mitunter die zeitgeschichtlichen Rahmenbedingungen für die Aktivitäten Maerckers – sei es in Afrika, sei es im Weltkrieg und während der Revolution – ein wenig überproportional im Vergleich zur Biographie behandelt werden, ist ein methodisches Problem, das für jede Biographie nur schwer zu lösen ist. Sie können die Bedeutung des Bandes nicht mindern.

Reiner Zilkenat

Reiner Zilkenat (Hrsg.): >„...alle Macht den Räten!< Die deutsche Revolution und ihre Räte. Konferenzband zum Öffentlichen Symposium „Die Novemberrevolution und ihre Räte 1918/19“ am 9. Mai 2018 in Berlin-Marzahn. Edition bodoni 2018, 318 Seiten, ISBN 978-3-940781-97-0

Das Symposium zum 100. Jahrestag der Novemberrevolution 1918/19 veranstalteten der Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung e.V. und das Zeitgeschichtliche Archiv e.V. am 9. Mai 2018. Reiner Zilkenat hat die Vorträge des Symposiums durch einige Aufsätze ergänzt. Es sind 17 Beiträge, die eine Vielzahl von Themen zu den unter-

schiedlichen revolutionären Ereignissen wiedergeben.

Gewissermaßen einleitend gibt Peter Brandt „einen historischen Überblick und zusammenfassende Deutung“ (S. 15–33) der deutschen Revolution 1918/19. Er hebt ihren internationalen Zusammenhang hervor, ein Aspekt, der m.E. bisher zu wenig beachtet wurde (S. auch S. 28). Kernpunkte sind der Matrosenaufstand an der Küste, die Rolle der Revolutionären Obleute in Berlin als Keimzelle der Räte und die Position der mehrheitssozialdemokratischen Führung, die gegen die Revolution arbeitete, dann aber an die Spitze der Volksbewegung gelangte, vor allem durch die doppelte Parität in den Räten: Arbeiterräte aus SPD und USPD, Arbeiterräte und Soldatenräte, wobei letztere mehrheitlich der SPD zuneigten und damit deren Mehrheit sicherten. So in der Berliner Rätevollversammlung am 10. November bei der Bildung des Rates der Volksbeauftragten und des Vollzugsrats als dessen vorgebliches Kontrollorgan, was durchweg für die Räte gelten sollte. Brandt charakterisiert die weitere Entwicklung ab Januar 1919 als ihre „zweite Phase“ (wohl auch als Absage an die von Axel Weipert behauptete „zweite Revolution“ zu verstehen), in der die „direkte Konfrontation von Kapital und Arbeit in den Betrieben“ (S. 24) in den Vordergrund trat, nachdem mit der Wahl der Weimarer Nationalversammlung und der Weimarer Koalitionsregierung der Kampf auf der gesamtstaatlichen Ebene entschieden war. Die trotz allem erreichten revolutionären Errungenschaften gingen der Reaktion zu weit, was der Kapp-Putsch zeigte, seine breite und

erfolgreiche Abwehr reichte jedoch nicht zur „nachhaltigen Entmachtung der alten aristokratisch-großbürgerlichen Eliten“ (S. 26) und zur Fundierung der Demokratie. Peter Brandt schließt seine umfassende Betrachtung mit einer aktuellen Auswahlbibliographie (S. 29–33).

In diesem Zusammenhang kann man die „Betrachtungen“ zur Rätebewegung „in neueren wissenschaftlichen Veröffentlichungen der BRD“ von Holger Czitrich-Stahl und Rainer Holze (S. 285–300) sehen. Es werden die inzwischen bekannten Arbeiten von Ralf Hoffrogge, Axel Weipert und Dietmar Lange gewürdigt, sowie die umfassende Edition zu den Räten in Hamburg (2013), von Volker Stalman eingeleitet und bearbeitet, in Berlin (3 Bde. 1993, 1997, 2002) von Gerhard Engel, Bärbel Holtz und Ingo Materna; dazu kommen Arbeiten über Bremen (und Umland) von Peter Kuchuk, Ulrich Schröder, Gerhard Engel, und zu Bayern, speziell zur Räte-republik.

...Es wird die Leistung von Gerhard Engel hervorgehoben, der sich mit einer speziellen Entwicklung bei den Räten befasst hat und auch in diesem Band mit „Linksliberalismus in der deutschen Rätebewegung 1918/19“ mit Konzentration auf die Berliner „Freie Demokratische Fraktion“ ein Forschungs-Beispiel gibt. (S. 95-106). Die Bilanz der Geschichtsschreibung zur Rätebewegung bezeichnen die Autoren als eine „ermutigende“ (S. 300), „aber noch sehr ausbaufähig“: lokale Untersuchungen, Editionen und Gesamtschau auf die Räte in Deutschland, weiterhin die Rolle der Frauen, Vergleiche mit anderen Ländern und internationale Arbeiten. Dazu gibt

Mario Keßler eine Analyse zu zwei US-amerikanischen Autoren (S.W. Halperin, W.S. Pelz) und viele Hinweise auf angelsächsische Forschungen zum Thema (S. 301-314).

Weit ausholend beschreibt Eckhard Müller, gestützt vor allem auf Rosa Luxemburgs Werke, an denen er mit Annelies Laschitzka arbeitete, „Rosa Luxemburg, Richard Müller, Ernst Däumig und die Entstehung der Räte in der Novemberrevolution 1918/19“ (S. 35–62). Rosa Luxemburgs Position lässt sich zusammenfassen (am 18.11.18 in der „Roten Fahne“): „Alle politische Macht müsse auf die neu entstehenden Rätegremien übergehen“ (S. 38). „Diese Räte“, so E. Müller, spielten in ihren Schriften vor 1917 „keine große Rolle“ (ebd.). „Fast bis zum Ende ihres Lebens blieb die demokratische Republik die institutionelle Form, von der Rosa Luxemburg annimmt, sie sei für die proletarische Machteroberung und den sozialistischen Umbau geeignet“ (S. 40/41). Dann, in „Was will der Spartakusbund?“, entdeckt sie die „Räte als <Klassenorgane>, die dem Proletariat die Verwirklichung seiner Ziele ermöglichen“ (S. 55). Auf dem Gründungsparteitag der KPD erklärte sie, die Räte „sollen alle Macht im Staate haben“ (S. 58). Gleichzeitig setzte sie sich für die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung ein (S. 59). So plädierte auch Ernst Däumig, der führend in der Berliner Obleute-Bewegung und im Vollzugsrat wirkte, ebenso wie Richard Müller. Beide verhandelten mit über den Beitritt zur KPD am 1.1.1919 (S. 61).

Der Beitrag von Felicitas Söhner ist „Frauen als Aktivistinnen in der Münch-

ner Rätebewegung“ gewidmet (S. 63–76). Sie berührt sich mit Gisela Notz: „Das Frauenwahlrecht in den Debatten der Räte“ (S. 77–94). Sie schreibt zutreffend: „Danach zu forschen ist ein schweres Unterfangen“ (S. 81) Sie nennt Namen bekannter Vorkämpferinnen (C. Zetkin, E. Ihrer, T. Sender) und neue Namen, auch die ersten beiden Frauen, die in der Nationalversammlung sprechen: Luise Zietz und Marie Juchacz.

Axel Weipert bezeichnet eine „zweite Revolution“ als „zentrales Anliegen der Rätebewegung in den Jahren 1919 und 1920“ (S. 107–118) ausführlich in seinem Buch von 2015. Er behandelt den Generalstreik vom März 1919 in Berlin und die Berliner Schülerräte, die besonders auch die breiten „rätedemokratischen Ansätze“ beweisen; aber wie bei der Rätebewegung insgesamt: „von den revolutionären Errungenschaften blieb wenig Greifbares übrig (S. 116). Etwas „Greifbares“ waren indes die Betriebsräte, die als wichtiger Streitpunkt 1919/20 von Reiner Tosstorff mit Blick auf den Metallarbeiterverband und die USPD dargelegt werden (S. 119–134). Er stützt sich auf sein Forschungsprojekt über Robert Dißmann, auf dessen Biographie man gespannt sein kann. Hier werden wichtige Daten über sein Wirken in der USPD und im DMV bei den Auseinandersetzungen über die Betriebsräte genannt, die bekanntlich mit einer sehr eingeschränkten Rolle der Räte 1920 endeten, wogegen Dißmann im DMV (u.a. mit R. Müller) für eine Ausweitung der Rechte der Räte wirkte (S. 133).

Lokale Studien über Spuren der Revolution legen Werner Ruch für die Berliner Bezirke Treptow-Köpenick und Friedrichshain (S. 135–141) und Jürgen Hofmann über Lichtenberg (S. 143–152) vor. Diesem gelingt es, mit Namen und Funktionen ein konkreteres Bild von der Rätebasis zu zeichnen. Hier bilden die Märzkämpfe 1919 den Mittelpunkt. Es gibt über Betriebe, Bezirke und Vororte auch in Groß-Berlin noch manches zu erforschen.

Eine biographische Studie erarbeitete Holger Czitrich-Stahl über „Georg Ledebour: Revolutionärer Sozialist, Mensch und Kämpfer, Novemberrevolutionär“ (S. 153–164). Es sind die wichtigsten Daten seines Lebens verzeichnet, er gehört zu Jenen, „deren Namen heute immer mehr verblassen“ (S. 153). Für diesen Band sind wichtig: seine Rolle im Berliner Vollzugsrat, seine Vermittlerrolle bei den Weihnachtskämpfen und im Januar 1919 im „Revolutionsausschuss“ (S. 161). Ottokar Luban enthüllt „Das verfälschte Geschichtsbild der deutschen Novemberrevolution 1918 in Berlin (S. 165–191). Er weist anhand der Quellen nach, dass die SPD-Führung von Anfang an eine „bewusste Falschdarstellung, insbesondere was die entscheidende Auslösung der revolutionären Massenbewegung betrifft“ (S. 165) verbreitete. Diese offizielle Darstellung wird bis in die jüngste Zeit von führenden Historikern übernommen. Luban stellt dagegen fest: „Nur auf Grund des von den Linksozialisten – gegen den tagelangen intensiven Widerstand der Mehrheitssozialisten – initiierten und erfolgreich durchgeführten Massenaufstand am 9. November in Berlin wurde

die Machtübernahme durch die MSPD-Führer möglich“ (S. 191). Er erwartet, dass sich „endlich eine Historisierung dieser Ereignisse durchsetzt“.

Eines besonderen Aspekts hat sich Reiner Zilkenat angenommen: „Konterrevolutionär und Antibolschewismus – Eduard Stadtler und das konterrevolutionäre Netzwerk 1918/19“ (S. 193–219). Im Mittelpunkt steht die Gründung der „Antibolschewistischen Liga“ am 28.11.18. Sie war eng mit Spitzen des Kapitals verbunden, dadurch auch finanziert. Stadtler selbst war ein eifriger Propagandist, der „unter falsche Flagge“ durch Missbrauch gängiger Begriffe wie „Sozialismus“, „Räte“ oder „Sozialisierung“ Masseneinfluss gewinnen wollte. Er war zweifellos eine der hervorragenden Persönlichkeiten der Konterrevolution von 1918/19 (S. 217), ein „Frühfaschist“ (so Rüdiger Stutz, S. 219).

Jörg Wollenberg titelt seinen Aufsatz: „Rätebewegung und Konterrevolution in den programmatisch-politischen Debatten der SPD nach der faschistischen Machtübernahme“ (S. 221–241). Schon vor dem „Prager Manifest“ vom Januar 1934 äußerte Rudolf Hilferding, es seien von 1914 bis 1920 die „schlimmsten Fehler gemacht worden“ (S. 222). Hervorgehoben werden dann Schriften von Philipp Scheidemann im Exil. Zitiert wird auch Wilhelm Dittmann, der ebenfalls vielfache Funktionen ausübte und Verantwortung trug. „Deutschland soll eine soziale Republik sein“ (S. 229) und „Noske und Ebert tragen die Verantwortung für die blutigen Vorgänge der Januar-Aufstände“ (S. 231). Eng verbunden war er mit Hermann Brill, dessen Leben voller Widersprüche verlief (S.

235f). Wollenberg schließt: „Kritiker aus den Reihen der Exil-SPD nach 1945 nicht erwünscht“ (S. 237). Hier knüpft der Beitrag von Günter Benser an: „Waren die Erfahrungen der Novemberrevolution wegweisend für den politischen Neubeginn nach der Befreiung vom Faschismus?“ (S. 243–263). Er nennt wesentliche Unterschiede zwischen 1918 und 1945, zugleich aber auch Möglichkeiten von Schlussfolgerungen. Er sieht einen basisdemokratischen Charakter ähnlich der Rätebewegung in Antifa-Ausschüssen, Bodenreformkommissionen, Kontrollausschüssen, Entnazifizierungskommissionen. Im Einzelnen untersucht Benser dann die Positionen der einzelnen Parteien zur Novemberrevolution. Bei den Liberalen, mit Beschränkung auf Wilhelm Külz (S. 246–248) und den Christdemokraten, konzentriert auf Konrad Adenauer (S. 249–251), besteht wenig Interesse. Die Sozialdemokraten (S. 252–257) zeigen eine deutliche Trennung zwischen Otto Grotewohl und Kurt Schumacher. Die Kommunisten: „Keine Wiederholung der Fehler von 1918“, also eine klare Bezugnahme auf die Revolution. Nachdem es zunächst „rätedemokratische Anklänge“ gab, wurde ihr „basisdemokratischer Impetus bald negiert“ (S. 259). „Die KPD vermochte sich nicht vom Ballast des Stalinismus zu trennen und ihre Neuorientierung konsequent zu Ende zu führen“ (S. 262). Für die Einheitspartei gab die Oktoberrevolution mit den Bolschewiki das Beispiel. Indessen gehörte die Novemberrevolution, deren tatsächliche oder vermeintliche Lehren, zum historisch-politischen Selbstverständnis der DDR (S. 260). Demgegenüber „bestimmte die

Missachtung des revolutionären Ursprungs der deutschen Republik bis heute die offizielle Erinnerungskultur der Bundesrepublik“ (S. 261).

Abschließend: „Die Wiederkehr der Räte-Erfahrungen aus den Endzeiten der DDR“ von Stefan Bollinger (S. 265–283). Er verweist auf den Zufall: „Der 9. November als Zusammenhang“. Beide Daten „stürzten ein Regime“, aber welcher Unterschied!? Die Frage stand durchaus: „eine neue DDR?“ Es gab „vielfältige Formen der demokratischen Selbstermächtigung“ (S. 272 f.), basisdemokratische Organe (Freie Gewerkschaften, Runde Tische u.a.m.). Jedoch endete alles an und in den Realitäten des parlamentarisch-demokratischen Systems (S. 282).

So gab das Symposium einen weiten Blick auf den 100. Jahrestag der Novemberrevolution, ein herausragendes Ereignis deutscher Geschichte.

Ingo Materna

Peter Joachim Lapp: Gesellschaft für Sport und Technik – Schule der Soldaten von morgen. Militärpolitische Studie einer DDR-Wehrorganisation. Helios-Verlags- und Buchvertriebsgesellschaft 2018, 166 Seiten, ISBN 978-3-86933-226-0

Der Autor Peter Joachim Lapp ist promovierter Politologe, der langjährig beim Deutschlandfunk arbeitete und Lehrbeauftragter an den Universitäten Hamburg und Köln war. Seine kaufmännische Lehre absolvierte er als BRD-Bürger in der DDR. In dieser Zeit war er auch Mitglied der Gesellschaft für Sport

und Technik (GST). Er erinnert sich „gerne an diese Zeit“.

Lapp war gut beraten, dass er sich zu dieser Studie über die GST entschloss. Schwerpunkt seiner Analyse ist die vormilitärische Ausbildung der 1970er und 1980er Jahre, die seit den 1960er Jahren mehr als vier Millionen 16- bis 18-jährige männliche Lehrlinge und Schüler durchliefen.

Ausgewertet wurden Dokumente des Bundesarchivs, insbesondere Protokolle, Papiere und Veröffentlichungen des Zentralvorstandes der GST und seines Sekretariats, des Politbüros des ZK der SED, der ZK-Abteilung für Sicherheitsfragen, des DDR-Ministerrates sowie des Nationalen Verteidigungsrates der DDR; außerdem Akten aus der Behörde des Bundesbeauftragten für Stasiunterlagen (BStU). Ausgewertet wurden darüber hinaus Aussagen von Zeitzeugen und Veröffentlichungen der GST-Presse. Die spärlichen Veröffentlichungen zur GST-Geschichte berücksichtigten bisher kaum die Quer- und Längsschnittstudien des Leipziger Zentralinstituts für Jugendforschung. Lapp kommt vor allem dadurch zu differenzierten Aussagen zur GST-Geschichte, weil er diese in der Verantwortung von Peter Förster entstandenen Studien gründlich analysierte.

Die GST entstand auf der Basis einer Verordnung des Ministerrates der DDR vom 7. August 1952. Die neue Organisation bot anfangs in erster Linie ein eher ziviles sportliches und technisches Angebot an die Jugend beider Geschlechter. Nach dem Statut entstand ein Verein mit einigen wehrsportlichen Disziplinen. Von einer vormilitärischen

Ausbildung für einen (freiwilligen) Wehrdienst der männlichen Jugendlichen war noch nicht die Rede. Gegenüber der Öffentlichkeit gab sich die GST betont zivil. Zunächst war jede Uniformierung und jeder militärische Anstrich untersagt. Das änderte sich bald.

Der I. GST-Kongress im September 1956 erklärte die Aufbauphase der GST für abgeschlossen. Entsprechend den Anforderungen des Dienstes in der Nationalen Volksarmee (NVA) wurde der Schieß- und Geländesport zur Hauptsportart erklärt. Dem „Nur Sportlertum“ und pazifistischen Einstellungen bei Jugendlichen wurde eine klare Absage erteilt. Eine wichtige Aufgabe der GST wurde in der Gewinnung von Mitgliedern und Jugendlichen für den Ehrendienst in der NVA gesehen. Alle Mitglieder sollten für die Geländeausbildung gewonnen werden. Mit der Ausbildung an Motorflugzeugen wurde begonnen.

Das Verteidigungsgesetz vom September 1961 und das Wehrpflichtgesetz vom Januar 1962 markierten eine neue Etappe in der Geschichte der GST. Als Ziel wurde formuliert, die „ganze Jugend“ auf die Verteidigung der DDR vorzubereiten. Die vormilitärische Ausbildung (VMA) erfolgte nun „vor Ort“ in Einrichtungen/Lagern der Schulen und Betriebe und darüber hinaus wochenweise während der Sommerferien auch in „Zentralen Ausbildungslagern“ (ZAL) der GST. Von den Grundorganisationen wurden Ausbildungseinheiten gebildet, gegliedert in Gruppen, Züge und Hundertschaften, die unter Anleitung von (ehrenamtlichen) Gruppen- und Zugführern sowie Kommandeuren dieser Hundertschaften standen. Die VMA wurde

„militärnäher“ gestaltet. Auszeichnungen wie das Schieß- und das Mehrkampfabzeichen spielten eine große Rolle.

Die Etappe ab 1968 charakterisiert Lapp etwas zugespitzt als „Neugeburt einer militarisierten GST“. Mit Günther Teller (1925-1982) kam erstmals ein aktiver General der NVA an die Spitze der GST. Auch andere Funktionen der GST wurden von Offizieren der NVA übernommen. Auf dem IV. GST-Kongress im September wurde von Teller die GST als „Schule der Soldaten von morgen“ bezeichnet. Im Sommer 1968 führte die GST eine neue Ausbildungsbekleidung ein (Kombi und Käppi) und „Dienststellungskennzeichen“, später erhielten die Funktionäre eine blaue, uniformähnliche Dienstkleidung mit Mütze und Schulterklappen. 1970 befanden sich 279.264 Jugendliche im 1. und 2. Ausbildungsjahr der VMA. Als Höhepunkte der VMA wurden seit 1970 zentrale Wehrspartakiaden durchgeführt. Auch das „frohe Jugendleben“ spielte eine Rolle. Es gab Manöverbälle, Disko, Fußball, Volleyball und Schwimmen.

Der Versuch, die militärische Grundausbildung in die Schul- und Berufsausbildung vor zu verlagern, brachte nicht die erhofften Effekte, wohl aber nicht wenige ideologische Belastungen. Die GST mutierte von einer auf Freiwilligkeit beruhenden Massenorganisation zur paramilitärischen Pflichtorganisation mit erheblichen Negativfolgen. In der zweiten Hälfte der 80er Jahre nahm die Zahl der „Schießverweigerer“ und der „Totalverweigerer“ zu. Reformkonzepte ab 1987 kamen zu spät. Mit der Verordnung der Modrow-Regierung vom 14.

Februar 1990 wurde die GST endgültig beerdigt.

Im Anhang unterbreitet Lapp ergänzende Materialien, so z.B. das Führungsschema der GST, eine kurze Chronik der GST-Geschichte 1952–1990 und die Dienstleistungskennzeichen.

Siegfried Prokop

Siegfried Kuntsche: Die Akademie der Landwirtschaftswissenschaften 1951–1990. Dokumente und Untersuchungen. 2 Halbbände, 973 Seiten. Leipziger Universitätsverlag, 98 Euro, ISBN: 978-3-86583-928-2.

Eine Generation nach ihrer Absorption in der BRD wird die DDR immer mehr zum Gegenstand wissenschaftlicher Forschung und politischer Publizistik dergestalt, dass nicht länger ideologische Scheuklappen und politische Desavouierungsabsichten allein das Erkenntnisinteresse bestimmen. Es geht vielen Autoren immer stärker auch darum, die DDR aus ihren Quellen so zu beschreiben, wie sie war und nicht, wie sie gewesen sein sollte, gleich ob aus der Observanz von hüben oder von drüben. Das ist uneingeschränkt zu begrüßen und ohnehin das eigentliche Metier der historischen Zunft.

Dazu trägt Siegfried Kuntsches Magnum Opus „Die Akademie der Landwirtschaftswissenschaften 1951–1990“, als imposanter Doppelband 2017 in Leipzig erschienen, ein gutes Stück bei. Diese wissenschaftliche Institution fiel im vereinten Deutschland längst dem Vergessen anheim, liegt die agrarwissenschaftliche Forschung im verbreiterten Westen

doch überwiegend im Interesse privat, d.h. industriell betriebener landwirtschaftlicher Produktion. Im ersten Halbband (328 S.) beschreibt Kuntsche, 1935 geboren und als Landeshauptarchivar in Schwerin, dann als Professor bei der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften der DDR (AdL) tätig gewesen, den Entstehungs- und Entwicklungsprozess der AdL. Dass sich deren Arbeit nicht nur auf dem eigentlichen Anwendungsgebiet, den Landwirtschaftswissenschaften, vollzog, sondern sehr stark auch in den politischen Bezugsrahmen der DDR und der Systemauseinandersetzung zwischen staatsmonopolistischem Kapitalismus und Staatssozialismus eingebettet war, führt Kuntsche gleich im Vorwort an. Der Autor fragt nach den Ursachen, warum die AdL der Vereinigung zum Opfer fiel, auch jenseits politischer gewollter Zäsuren zu Lasten des Erbes der DDR. Das 941 Seiten starke Werk besteht weiterhin aus einem zweiten Halbband mit einer überwältigenden Fülle von 96 Dokumenten, angefangen mit dem Gründungsschreiben vom 14.8.1950 und mit dem Auflösungsbeschluss des Berliner Senats vom 18.12.1991 endend. Die Quellen für seine wissenschaftlichen Ausführungen schöpfte Kuntsche vorwiegend aus dem Aktenbestand der AdL im Bundesarchiv und in der SAPMO. Die Beziehungen zwischen der Entscheidungsebene der SED und dem Landwirtschaftsministerium als institutionellen Rahmen ließen sich nur lückenhaft rekonstruieren, fügt Kuntsche an, da Vieles, vor allem Personalentscheidungen, eher auf vertraulicher Basis und ohne Niederschlag in den Akten

besprochen wurde, so dass Notizen und Aktenvermerke hinzu gezogen werden mussten. Man kann sich die Detektivarbeit Kuntsches lebhaft vorstellen.

Die Ursprünge der AdL liegen unmittelbar in der Nachkriegszeit auf dem Gebiet der damaligen Sowjetischen Besatzungszone. Die seinerzeit ins Leben gerufenen Einrichtungen wie etwa das Friedrich-Loeffler-Institut auf der Insel Riems bei Greifswald, das heutige Bundesforschungsinstitut für Tiergesundheit, wurden mit den Vorarbeiten und der Umsetzung des ersten Fünfjahresplans der DDR ebenfalls zentralisiert. Es beanspruchte etliche Diskussionen, Personalentscheidungen und auch Beratungen mit Repräsentanten der sowjetischen Agrarwissenschaften, bis die „Deutsche Akademie der Landwirtschaftswissenschaften zu Berlin“ (DAL) am 17. Oktober 1951 feierlich eröffnet wurde. Festredner war Präsident Wilhelm Pieck, der auch die 21 Präsidiumsmitglieder der Akademie offiziell ernannte, weiterhin sprachen Walter Ulbricht und Landwirtschaftsminister Paul Scholz. Die ersten elf Dokumente im 2. Halbband geben Details aus dem Gründungsprozess wider, darunter auch die Rede Piecks, sowie eine Absageerklärung eines geladenen Repräsentanten aus Weihenstephan in Bayern, einer bekannten Forschungsstätte in der BRD, als Ausdruck des Kalten Krieges. Der darstellende Teil des ersten Halbbandes umfasst die Seiten 11–187. Dabei strukturieren sieben Kapitel die einzelnen Abschnitte der Arbeit der Akademie, die der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung in der DDR folgte. Auf die Gründung der Akademie folgte die Hin-

wendung zur sozialistischen Landwirtschaft. Als die zunehmende Konfrontation im Kalten Krieg und der Mauerbau die Systemkonkurrenz unter Bedingungen der gegenseitigen Abschottung erzwangen, musste die Agrarwissenschaft der DDR, nun stärker auf sich allein gestellt bzw. auf den alleinigen innersozialistischen Wissenstransfer angewiesen, neue Forschungs- und Handlungsansätze entwickeln. Gleichzeitig vollzog sich ein Generationswechsel, den Kuntsche analog nachzeichnet. Weitere Entwicklungsschritte folgten, meistens bedingt durch den technologischen Fortschritt oder die politischen Implikationen von Außen (Systemkonkurrenz) und Innen (Regierungshandeln). Am 6. Juni 1972 erfolgte die Umbenennung der DAL in „Akademie der Landwirtschaftswissenschaften der DDR“ (AdL). Als im Herbst 1989 die DDR in den Transformationssoj geriet, gab auch die AdL wichtige Anstöße zu einer Akademiereform. Wie wir wissen, liefen die Transformationsprozesse den Prozessen des Nachdenkens davon und erzwangen, wie so oft, letztlich die Auflösung der in der DDR entstandenen Institutionen von Forschung und Entwicklung. So auch im Falle der AdL, deren Abwicklung ab Sommer 1990 kaum mehr aufzuhalten war. Der offizielle Auflösungsprozess fand dann nach dem 3. Oktober 1990 statt. Die wenigen verbliebenen agrarwissenschaftlichen Fakultäten bzw. Fachhochschulen können nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch in diesem Forschungsbereich und dem primären Produktionssektor Raubbau an Personalressourcen und Wissensbeständen betrieben wurde. Kunt-

sches Fazit fällt dementsprechend bitter aus: „Eine große Zahl Agrarwissenschaftler stand aber nach der Abwicklung der Akademie am Ende ihrer beruflichen Karriere. Das war unzweifelhaft ein gesellschaftlicher Verlust. Zudem wurde vielfach – aus Unkenntnis oder aus Kurzsichtigkeit – ein produktives wissenschaftliches Erbe ausgeschlagen“ (S. 185). In Zeiten des Klimawandels wären zweifelsohne die Methoden- und Wissensbestände, die in der AdL konzentriert waren, von großer Hilfe. Sehr hilfreich von Seiten des Autors ist, dass seiner Darstellung immer die Hinweise auf die entsprechenden Dokumente angefügt sind. So kann der Leser gleichzeitig mit dem ersten und zweiten Halbband arbeiten, ohne langwierig zu suchen.

Diesem Darstellungskapitel folgt eine ausführliche Zeittafel der Arbeit der AdL (S. 191–328). Hier findet die/der Forschende auch alle bedeutenden beteiligten Namen. Der 2. Halbband verzeichnet zunächst sämtliche Dokumente (S. 331–341), das Dokumentenkapitel selbst erstreckt sich über imposante 528 Seiten (S. 342–870). In seinem Fazit thematisiert Kuntsche sowohl Stärken als auch Schwächen der DDR-Agrarpolitik und der gemeinwirtschaftlichen Landwirtschaftspraxis, die in ihrer Produktivität einen Rückstand zur BRD nicht wettzumachen vermochte. Kuntsche sieht eine Hauptursache in der mangelnden materiell-technischen Umsetzung der Forschungsergebnisse in der Agrarpraxis. Als Forschungsaufgaben benennt Kuntsche vergleichende Forschungen zu BRD- und DDR-Institutionen der Agrarwissenschaften

bzw. zu ihren Pendants in den RGW-Staaten. Insgesamt, so sein Schlussrésumé, steht hier die disziplingeschichtliche Forschung erst am Anfang. Dreißig Jahre nach der sog. „Wende“ ist es m.E. dafür höchste Zeit. Siegfried Kuntsche hat zweifelsfrei für diesen Weg viele leitende Wegmarken gesetzt, die hoffentlich nachfolgende Historikerinnen und Historiker weiter pflastern und begehbar machen werden!

Holger Czitrich-Stahl

Vom mühseligen Suchen und glückhaften Finden (Teil IV). In memoriam Prof. Dr. Heinrich Gemkow, 6. Juni 1928 – 15. August 2017, 48 S., Helle Panke e.V.: Pankower Vorträge. Nr. 218, Berlin 2018.

Mit dem vorliegenden Heft schließt sich der Kreis der von der „Hellen Panke“ herausgegebenen Vortragsreihe mit einer Publikation zum Gedenken an den im August 2017 verstorbenen Historiker und Marxforscher Heinrich Gemkow. Inhalt sind die Beiträge, die auf einem Kolloquium zu seinem 90. Geburtstag am 26. Juni 2018 gehalten wurden. Nach einer sehr persönlich gehaltenen Einleitung von Walter Schmidt beleuchten die Verfasser einige wenig bekannte Seiten im Schaffen des Verstorbenen. Erfreulich und zugleich überraschend werden dabei Verbindungen Heinrich Gemkows zum kulturellen Leben in der DDR sichtbar. So berichtet Dagmar Goldbeck über dessen Mitarbeit an dem Dokumentarstück „Salut an alle, Marx“, das er mit fachlichen Ratschlägen unterstützte. Anhand von Artikeln aus der Presse und

Materialien aus dem Bundesarchiv weist D. Goldbeck nach, dass und wie H. Gemkow in engem Kontakt mit den Autoren stand und Einfluss auf die sprachliche und inhaltliche Gestaltung des Stückes nahm. Eine längere Passage aus dem Theaterstück, „Bekenntnisse“ genannt, rundet diesen Beitrag ab.

Ähnlich engagiert beteiligte sich Heinrich Gemkow auch an der Gestaltung der Skulpturengruppe im Berliner Marx-Engels-Forum, wie Rolf Hecker in dem anschließenden Beitrag belegt. Der Verfasser umreißt zunächst den Werdegang des Marx-Engels-Forums, das als repräsentatives Zentrum in der Mitte der Hauptstadt der DDR enorme politische Bedeutung hatte. Die Pläne für das Forum reichten bis in die 50er Jahre des 20. Jahrhunderts, aber erst 1973 wurde ein Politbürobeschluss dazu gefasst. Die Einweihung dauerte trotz anderweitiger Pläne bis zum Jahr 1986. Heinrich Gemkow und Hannes Skambraks waren bereits 1975 als Berater für die Gestaltung der Figurengruppe hinzugezogen worden. Es kam in der Folgezeit zu kritischen Auseinandersetzungen mit den vorgelegten Entwürfen. Schließlich beendete H. Gemkow 1983 die Zusammenarbeit und kündigte seinen Vertrag wegen grundsätzlicher Meinungsverschiedenheiten mit den Gestaltern des Forums. R. Hecker hat seinem Beitrag eine interessante Übersicht über Marx-, Engels- und Marx/Engels-Denkmäler angefügt.

Francois Melis schildert in seinem Artikel die Entstehungsgeschichte von zwei Marx- und Engels-Holzstichen von Heinrich Scheu, die aus dem Besitz von Heinrich Gemkow stammten, und die F.

Melis aus dessen Nachlass erhielt. Heinrich Scheu, ein bekannter Xylograph aus Wien, war eng mit der Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert verbunden und kannte Marx und Engels persönlich. Den Holzschnitt von Marx stellte er 1891 nach einem Foto des Londoner Fotografen John Mayall her, Friedrich Engels, der Scheu den Auftrag erteilt hatte, wirkte dabei beratend mit. Der zweite Holzschnitt, ein Bild Friedrich Engels', entstand im gleichen Jahr. Die Vorlage dazu lieferte eine Fotografie von William Elliott Debenham, London. Von dem Holzschnitt gab es, wie F. Melis feststellte, ebenso wie von den Fotos mehrere Varianten, von denen zwei in den Besitz von Heinrich Gemkow kamen. – Den abschließenden Beitrag in diesem Heft liefert Martin Hundt mit einer Studie über Helmut Hirsch (1907-2009), mit dem der Autor viele Jahre lang persönlich bekannt war. Helmut Hirsch stammte aus einer Wuppertaler jüdischen Kaufmannsfamilie. Sein Vater war Mitglied der SPD und trat als Festredner bei Mai-Feiern in Erscheinung. Die Verbindung zur Arbeiterbewegung war damit Helmut Hirsch in die Wiege gelegt. Nach dem Studium von Theaterwissenschaft und Zeitungswissenschaft in München, Berlin, Bonn und Leipzig reichte er 1932 seine Dissertation über Marx' Jugendfreund Karl Friedrich Köppen an der Universität Leipzig ein, die er aber als Jude 1933 nicht mehr verteidigen durfte. Im selben Jahr emigrierte er nach Paris und schlug sich 1941 bis in die USA durch. In Chicago promovierte er zum Doktor der Geschichte und Philosophie. 1957 kehrte er nach Deutschland zurück. Hirsch, der

sich schon 1932 vergeblich um eine Anstellung im Moskauer Institut für Marxismus-Leninismus beworben hatte, war stets an der Marx-Forschung interessiert. Er leistete dazu eine Reihe eigener Beiträge, zum Beispiel in dem Buch „Marx und Moses“, und unterstützte die Weiterführung der Marx-Engels-Gesamtausgabe nach 1989. Das Andenken dieses ungewöhnlichen und nicht widerspruchsfreien Menschen, der stets an unserer Seite stand, wie Martin Hundt abschließend bemerkte, sollte nicht vergessen werden.

Heinrich Sommer